

**Verfassungsschutzbericht
der baden-württembergischen Landesregierung**

1975/76

Verfassungsschutzbericht
der baden-württembergischen Landesregierung

Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit legt die Landesregierung erneut einen Bericht über politisch extreme Bestrebungen im Land Baden-Württemberg sowie über die Lage auf dem Gebiet der Spionageabwehr vor. Der Bericht umfaßt den Zeitraum bis zum April 1976.

Wie seine Vorgänger bestätigt auch dieser Bericht die derzeit anhaltende politische Bedeutungslosigkeit des Rechtsextremismus. Aufmerksamkeit erfordern lediglich die zunehmenden Aktivitäten neonazistischer Kader, Gruppen und Zirkel, die immer wieder durch spektakuläre Auftritte Aufsehen erregen. Sie stellen jedoch weniger eine Gefahr für den Bestand unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung als für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt dar.

Anders verhält es sich beim Linksextremismus, der als ständiger Gefahrenherd für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die innere Sicherheit unseres Landes einzuschätzen ist und einer nachhaltigen und sorgfältigen Beobachtung bedarf.

Von den in Baden-Württemberg agitierenden linksextremen Parteien und Vereinigungen gilt dies vor allem für die "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) und den "Kommunistischen Bund Westdeutschland" (KBW). Die DKP mit ihren Hilfs- und Tarnorganisationen repräsentiert den orthodoxen Kommunismus Moskauer Prägung, die sog. "Alte Linke". Der KBW hat sich in Baden-Württemberg zur führenden Kraft der sog. "Neuen Linken" entwickelt. Zwar haben die Ergebnisse der Landtagswahl erneut bestätigt, daß beide Gruppierungen keine Chance besitzen, ernstzunehmenden Einfluß auf die politische Willensbildung der Bevölkerung zu gewinnen. Die Gefahren, die von diesen Organisationen ausgehen, würden jedoch durch eine hierauf beschränkte Betrach-

./.

tungsweise verkannt. Alle linskextremen Gruppierungen beabsichtigen nach wie vor, der Beseitigung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihrer Ersetzung durch die "Diktatur des Proletariats" zumindest etappenweise näherzukommen. "Alte" und "Neue Linke" unterscheiden sich lediglich in der Methode zur Erreichung dieser gemeinsamen Zielsetzung. Die Gruppen der "Neuen Linken" propagieren offen ihre revolutionären Ziele und unterstreichen sie durch gewalttätige Auftritte, so daß sie in aktueller Sicht gefährlicher erscheinen als die DKP. Die "Alte Linke" versucht demgegenüber nach aussen den Eindruck der Verfassungstreue zu erwecken, um unter Ausnutzung verfassungsmäßiger Rechte auf die Aufhebung dieser Rechte hinzuwirken. Daß diese Methode erfolgversprechender ist, beweist die Tatsache, daß immer wieder Angehörige von Parteien und Organisationen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, aus falsch verstandener Solidarität gemeinsame Sache mit Kommunisten machen.

Um dem entgegenzuwirken, bedarf es nicht nur der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, sondern auch einer breiten Aufklärung der Bevölkerung über extremistische Bestrebungen. Der vorliegende Bericht soll hierzu einen Beitrag leisten.

Stuttgart, im Juli 1976

Inhaltsübersicht

	Seite
I. <u>Linksextreme Bestrebungen</u>	1
1. Allgemeiner Überblick	1
2. Vereinigungen der "Alten Linken"	4
2.1 "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)	4
2.2 "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)	8
2.3 "Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)	9
3. Vereinigungen der "Neuen Linken"	10
3.1 " Kommunistischer Bund Westdeutschland" (KBW)	10
3.2 " Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD) und "Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML)	15
4. Zur Situation an den Hochschulen des Landes	18
II. <u>Rechtsextreme Bestrebungen</u>	22
1. Allgemeiner Überblick	22
2. Organisationen der "Alten Rechten"	24
2.1 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)	24
2.2 "Junge Nationaldemokraten" (JN)	25
2.3 "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK)	26
3. Organisationen der "Neuen Rechten"	27
4. Neonazistische Gruppen	28

III.	<u>Aktivitäten politisch extremer Ausländer</u>	30
1.	Allgemeiner Überblick	30
2.	Araber und palästinensischer Widerstand	31
3.	Türken	32
4.	Griechen	33
5.	Jugoslawen	34
6.	Italiener	35
7.	Spanier	35
IV.	<u>Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung</u>	37
1.	Allgemeiner Überblick	37
2.	Ausspähungsziele	38
3.	Verurteilungen und Festnahmen	39
4.	Schlußbetrachtung	39

I. Linksextreme Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Die in Baden-Württemberg agitierenden linksextremen Parteien und Vereinigungen haben ihre Aktivitäten unvermindert fortgesetzt. Zahlreiche mit beträchtlichem Propagandaaufwand durchgeführte Kundgebungen, Demonstrationen und gewalttätige Aktionen unterstrichen erneut die unveränderte Absicht dieser Gruppen, der Beseitigung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zumindest etappenweise näher zu kommen. Insoweit unterscheidet sich die "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) mit ihren Neben-, Hilfs- und Tarnorganisationen in der langfristigen Zielsetzung nicht von den gewalttätig auftretenden Gruppen der "Neuen Linken". Der sichtbare Unterschied besteht lediglich in der Methode: die Parteien und Vereinigungen der maoistisch orientierten "Neuen Linken" proklamieren offen ihre revolutionären Ziele. Die Gruppierungen der "Orthodoxen" oder "Alten Linken" versuchen nach außen den Eindruck der formalen Verfassungskonformität zu erwecken, um unter Ausnutzung verfassungsmäßiger Rechte auf die schließliche Aufhebung dieser Rechte hinzuwirken.

Die "Neue Linke" stellt mit ihren zunehmend militant auftretenden maoistisch und trotzkistisch orientierten Vereinigungen sowie den anarchistoterroristischen Rand- und Nachfolgegruppen der "Roten Armee Fraktion" (RAF) eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dar. Der Schutz unserer verfassungsmäßigen Ordnung vor der gut organisierten, ideologisch gefestigten und durch die kommunistischen Parteien des "sozialistischen Lagers" unterstützten "Orthodoxen Linken" ist jedoch mindestens langfristig eine ebenso unerläßliche Aufgabe.

In der Bundesrepublik Deutschland wird der "orthodoxe Kommunismus" Moskauer Prägung weiterhin allein von der "Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) und deren Neben-, Hilfs- und Tarnorganisationen ideologisch vertreten. Die enge Bindung der DKP an die kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der DDR besteht unverändert fort. Die verstärkt erhobene Kritik der DKP an den "Bruderparteien" in Italien und Frankreich, die immer offener dem Führungsanspruch der KPdSU entgegentreten, ist Ausfluß einer totalen ideologischen und nicht zuletzt auch finanziellen Abhängigkeit. Die maoistisch orientierten Parteien "Kommunistischer Bund Westdeutschland" (KBW), "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD) und "Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML) greifen deshalb die DKP mit zunehmender Schärfe an. Bisweilen kommt es bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der alten und der neuen Linken.

Unverändert ist die DKP mit etwa 40 000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste politisch extreme Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Sie verfügt über erhebliche finanzielle Mittel, die sie in die Lage versetzen, einen aufwendigen Parteiapparat zu unterhalten und eine umfangreiche Propagandatätigkeit zu entfalten.

Politisch setzt die DKP ihre vielfältigen Versuche fort, sich als Hüterin des Grundgesetzes darzustellen und damit zugleich den Vorwurf verfassungsfeindlicher Zielsetzung zurückzuweisen. Ergänzt wird diese Taktik durch das Bemühen, bestimmte Forderungen aufzugreifen oder zu unterstützen, die ihr geeignet erscheinen, in der Öffentlichkeit die Übereinstimmung mit demokratischen Parteien und Organisationen zu demonstrieren.

Bei diesen zuweilen krampfhaft anmutenden Bemühungen um "Aktionseinheit" und Anerkennung als Partei der "konsequentesten Demokraten" erringt die DKP gelegentlich Erfolge bei Gruppen und Einzelpersonen, die sich selbst "progressiv" und "radikal-demokratisch" verstehen und die Kommunisten mit "kritischen Demokraten" gleichzusetzen beginnen.

Trotz intensivierter Bemühungen ist es den Parteien und Vereinigungen der "Neuen Linken" bislang nicht gelungen, die Zersplitterung in eine Vielzahl sich gegenseitig bekämpfender Gruppierungen abzubauen. Auch die Kontaktgespräche, die Funktionäre der Zentralkomitees der maoistischen "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) und der "Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML) seit Mitte 1975 über eine Vereinigung beider Parteien führen, erbrachten noch keine konkreten Ergebnisse. Trotz der offensichtlichen Einflußnahme der "Kommunistischen Partei Chinas" auf die KPD und die KPD/ML, die Fusionsgespräche zu intensivieren, blieben die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten insbesondere auf örtlicher Ebene bislang unüberbrückbar. Immerhin führte die politische Annäherung beider Parteien zu ersten noch örtlich begrenzten Aktionseinheiten, die sich teilweise in militanten Aktionen gegen andere politisch extreme Organisationen äußerten.

In deutlichem Gegensatz zur DKP und ihren Hilfsorganisationen verzichteten die maoistisch orientierten Organisationen auch weiterhin auf taktische Scheinbekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, daß sie die bestehende Verfassungsordnung zerschlagen wollen und daß sie "diese Ausbeuterordnung nicht anders als mit Gewalt und Waffen stürzen" werden.

In Baden-Württemberg konnte der "Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW) seine Stellung als stärkste Partei der "Neuen Linken" festigen. Es ist dem zunehmend militanter auftretenden KBW nach und nach gelungen, das Land mit einem relativ dichten Netz von Orts- und Sympathisantengruppen zu überziehen und die Anhängerschaft durch "Massenorganisationen"

und eine Vielzahl vom KBW gesteuerter örtlicher Komitees zu verbreitern. Aufgrund einer erheblichen, nicht zuletzt aus Beitrags- und Spendenaufkommen resultierenden finanziellen Potenz sowie durch den weiteren Ausbau eines eigenen Verlags-, Druckerei- und Vertriebswesens ist der KBW in der Lage, eine breite publizistische Aktivität zu entfalten. Zugleich verdeutlicht die vom KBW maßgeblich gesteuerte Aktion der "Komitees gegen den § 218", daß der KBW inzwischen auch Kräfte außerhalb des Kreises seiner Mitglieder und Sympathisanten zu mobilisieren vermag.

Aufgrund der wachsenden organisatorischen Stärke muß damit gerechnet werden, daß der "Kommunistische Bund Westdeutschland" an Gewicht, aber auch an Militanz weiter zunimmt.

Trotz einer gegenüber dem KBW deutlich schwächeren Position ist es auch den beiden anderen maoistisch orientierten Parteien KPD und KPD/ML in Baden-Württemberg gelungen, ihre Organisation weiter zu festigen und ihre Aktivitäten zu verstärken.

Ohne wesentliche Bedeutung geblieben sind der maoistische "Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands" (KABD) sowie die trotzkistischen Vereinigungen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) und "Spartacusbund".

Erstmals in Baden-Württemberg aufgetreten sind der insbesondere in Hamburg aktive maoistische "Kommunistische Bund" (KB) und die orthodox-kommunistisch orientierte "Europäische Arbeiterpartei" (EAP).

2. Vereinigungen der "Alten Linken"

2.1 "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)

Trotz erheblicher Anstrengungen ist es der DKP in Baden-Württemberg nicht gelungen, die Zahl ihrer Mitglieder

wesentlich zu erhöhen. Bei Berücksichtigung der natürlichen Abgänge und der Parteiaustritte dürfte die DKP-Bezirksorganisation Baden-Württemberg unverändert etwa 3000 Mitglieder umfassen.

Die Partei hat sich in den zurückliegenden Monaten insbesondere der Straffung ihrer Organisation gewidmet. Durch Zusammenlegen mitgliederschwacher Kreisverbände wurden schlagkräftigere Parteieinheiten geschaffen, die die Betriebs-, Wohngebiets- (Orts- bzw. Stadtteil-) und Hochschulgruppen anleiten. Ende des Jahres 1975 war die DKP-Bezirksorganisation Baden-Württemberg wie folgt gegliedert:

DKP-Bezirksorganisation Baden-Württemberg	
Kreisorganisation	Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen
Stuttgart	ca. 14
Schwäbisch Hall/Ostalb	6
Ludwigsburg	2
Rems-Murr-Kreis	4
Heidenheim	1
Neckar-Fils	4
Heilbronn	-
Ulm/Alb-Donau	1
Reutlingen-Zollernalb	3
Tübingen	1
Oberschwaben	3
Heidelberg	4
Karlsruhe	9
Mannheim	18
Pforzheim	2
Baden-Baden/Rastatt	2
Emmendingen	2
Freiburg	3
Mittelbaden/Ortenau	3
Lörrach/Waldshut	5
Bodensee-Hochrhein	4
Tuttlingen	-

Die örtlichen Parteiorganisationen gaben im vergangenen Jahr insgesamt 31 Wohngebiets- bzw. Ortsgruppenzeitungen und 22 Betriebsgruppenzeitungen heraus, deren Auflagenhöhe zwischen 500 und 6000 Exemplaren je Titel und Ausgabe schwankte.

In diesem Zusammenhang steht auch die intensivierete Schulung der Funktionäre und vor allem des Kader-Nachwuchses der DKP. Vornehmlich jüngere Parteimitglieder werden verstärkt zu Lehrgängen an die parteieigene "Karl-Liebknecht-Schule" nach Essen und an das Ostberliner "Franz-Mehring-Institut" entsandt. Wachsende Bedeutung erlangt in letzter Zeit die von der DKP gesteuerte "Marxistische Arbeiterbildung" (MAB), bei deren Veranstaltungen in verstärktem Umfang Referenten aus der DDR auftreten.

Nach dem vom Parteigesetz geforderten Rechenschaftsbericht werden vom DKP-Parteivorstand für das Jahr 1974 Gesamteinnahmen in Höhe von DM 4 382 324,94 ausgewiesen. Davon entfallen auf Mitgliedsbeiträge DM 468 503,72 und auf Spenden DM 3 386 655,22. Für die DKP-Bezirksorganisation Baden-Württemberg werden die Gesamteinnahmen mit DM 720 297,73 angegeben, wovon DM 132 265,50 als Mitgliedsbeiträge und DM 396 950,63 als Spenden ausgewiesen werden. In Anbetracht des aufwendigen Parteiapparates, der umfangreichen Propaganda- und Pressearbeit und der vielfältigen Aktivitäten der DKP ist unverändert von einer erheblichen finanziellen Unterstützung insbesondere durch die DDR auszugehen. Die Bundesregierung hat diese Zuwendungen auf 30 Millionen DM im Jahre 1974 geschätzt.

Trotz dieser erheblichen finanziellen Mittel ist es der DKP in Baden-Württemberg nur in Einzelbereichen gelungen, Fortschritte zu erzielen. So sind insbesondere die gesteckten Ziele in der Betriebsarbeit nicht erreicht worden: die beabsichtigte Neugründung von DKP-Betriebsgruppen ist weitgehend gescheitert, einzelne Betriebsgruppen mußten sogar erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen. Auch die mit beträchtlichem finanziellem Auf

durchgeführte Aktion "Für einen sofortigen Preisstopp, für die Sicherung von Arbeitsplätzen!" erbrachte der Partei nicht die Resonanz, die sie sich aufgrund der teilweise ungünstigen wirtschaftlichen Situation erhofft hatte.

Weitere Erfolge erzielte die DKP jedoch bei ihrer "Politik der Aktionseinheit" mit nichtkommunistischen Gruppen. Insbesondere bei der weitgehend von der DKP gesteuerten Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote ist es der Partei gelungen, durch taktisches Vorgehen zahlreiche Bündnispartner zu gewinnen. Diese Erfolge beim Aufgreifen aktueller Fragen, bei denen die DKP mit Zustimmung auch bei nichtkommunistisch orientierten Bürgern rechnen, dürften dazu führen, daß sie die Politik der "Aktionseinheit von unten" weiter verstärkt.

Bei der Landtagswahl am 4. April 1976 stellte die DKP, mit Ausnahme der Landkreise, in denen ihre organisatorische Basis zu schwach ist, in fast allen Wahlkreisen Kandidaten auf. Nach Absprache mit der prokommunistischen "Deutschen Friedens-Union" (DFU) verzichtete sie in den Wahlkreisen

B a d e n - B a d e n und R a s t a t t , in denen die DFU kandidierte, auf eigene Kandidaten. Als einen der Schwerpunkte des Wahlkampfes nannte der "Wahlkampfplan" die offensive Entlarvung der Rolle "chaotischer Gruppen", insbesondere des "Kommunistischen Bundes Westdeutschland" (KBW).

Mit 1,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen erzielte sie im Wahlkreis Tübingen ihr bestes Ergebnis, im Landesdurchschnitt erreichte sie aber nur 0,4 %.

2.2 "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)

Trotz der von der SDAJ ständig wiederholten Behauptung, eine selbständige und unabhängige Jugendorganisation zu sein, wird deren enge ideologische Bindung an die "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) sowie an die "Freie Deutsche Jugend" (FDJ) in der DDR und die Jugendorganisation "Komsomol" in der Sowjetunion immer augenfälliger. So hielt sich im Dezember 1975 auf Einladung des Bundesvorsitzenden der SDAJ eine vom Ersten Sekretär des Zentralrates der "Freien Deutschen Jugend" (FDJ) geführte Delegation in Düsseldorf auf, die auch vom DKP-Vorsitzenden MIES empfangen wurde. Im Mittelpunkt des Besuches der FDJ-Delegation beim Bundesvorstand SDAJ standen Gespräche über eine "Vertiefung der Zusammenarbeit", die am 16. Dezember 1975 in Dortmund zum Abschluß eines "Freundschaftsvertrages" führten. Zahlreiche weitere Kontakte bestätigen die "enge Verbundenheit" der Jugendorganisation der DKP mit denen der kommunistischen Parteien des "sozialistischen Lagers".

Trotz verstärkter Anstrengungen ist es der SDAJ nicht gelungen, ihre Basis zu verbreitern. Die für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1975 anberaumte Umtauschaktion der Mitgliedsbücher dürfte zudem zu einer Korrektur der bisher überhöht angegebenen Mitgliederzahlen führen.

In Baden-Württemberg gehören der SDAJ unverändert etwa 800 bis 1000 Personen an, die in 46 Gruppen organisiert sind. Von mehreren Gruppen werden in sporadischer Folge Zeitungen mit zumeist geringer Auflage herausgegeben.

Die Bemühungen der SDAJ, in den Bundesjugendring als Mitglied aufgenommen zu werden, blieben auch 1975 ohne Erfolg. Am 20. November 1975 wurde ein erneuter Aufnahmeantrag abgelehnt. In Baden-Württemberg ist die SDAJ unverändert in

8 Stadtjugendringen und einem Kreisjugendring als Mitglied vertreten.

Schwerpunkte der SDAJ-Tätigkeit sind neben den fortdauernden Bemühungen, auf möglichst viele Jugendverbände Einfluß zu gewinnen, Kampagnen gegen die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit den örtlichen Gruppen des "Arbeitskreises Demokratischer Soldaten" (ADS). Ferner will die SDAJ nach einem Beschluß ihres Bundesvorstandes den "Kampf gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit" verstärken und dabei demokratische Jugendverbände für gemeinsame Aktionen gewinnen.

2.3 "Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)

Die am 1. Juni 1974 in Bottrop auf Initiative der "Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) gegründete sozialistische Kinderorganisation "Junge Pioniere" will ihrer Satzung zufolge eine "sozialistische Organisation" der Kinder des "werktätigen Volkes" sein. So ist die Arbeit der JP vor allem auf eine kommunistisch geprägte Erziehung der Kinder ausgerichtet. Durch intensive Beeinflussung soll den "Jungen Pionieren" "der Kampf der progressiven Kräfte" verständlich gemacht werden. Es wird von ihnen erwartet, daß sie "für den Sozialismus kämpfen" und so bewußt "ihren Beitrag für den gesellschaftlichen Fortschritt leisten".

Die "sozialistische Kinderorganisation" gliedert sich in Gruppen, Ortsverbände und den Bundesverband. Oberstes Organ ist die Bundeskonferenz, die die Bundesleitung wählt.

Die örtlichen JP-Gruppen werden gemäß der Satzung vom "Gruppen-Pionierrat", der aus Kindern besteht, und von Gruppenleitung (Pionierleiter und Betreuer), die sich hauptsächlich aus SDAJ-Mitgliedern zusammensetzt, angeleitet.

In Baden-Württemberg arbeiten bislang JP-Gruppen in Karlsruhe, Ludwigsburg, Metzigen, Stuttgart, Tübingen, Ulm und Oberschwaben (Ravensburg).

Eine Gruppe besteht durchschnittlich aus 10 - 15 Kindern, die nahezu ausschließlich aus Familien von DKP-Mitgliedern stammen.

Zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit gehört vor allem die Gestaltung eines "anziehenden Gruppenlebens". Hierfür wird geschickt gestaltetes, aufwendiges Jugendprogramm organisiert, zu dem Kinderfeste, Wochenendfahrten, Wanderungen, Ferienlager, Spiel- und Singnachmittage sowie Freundschaftstreffen mit anderen Gruppen gehören.

Im Jahre 1975 haben etwa 3000 "Junge Pioniere" aus der Bundesrepublik Deutschland, darunter auch Gruppen aus Baden-Württemberg, auf Einladung der FDJ an Ferienlagern in der DDR teilgenommen. Finanziert wurden diese Ferienaufenthalte angeblich von "Volkseigenen Betrieben" (VEB).

3. Vereinigungen der "Neuen Linken"

3.1 "Kommunistischer Bund Westdeutschland" (KBW)

"Der Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW) blieb auch im Jahre 1975 die stärkste maoistisch orientierte Partei in Baden-Württemberg. In den örtlichen KBW-Gliederungen wurde

der organisatorische und ideologische Aufbau weiter gefestigt. Gegenüber dem Jahre 1974 konnte der KBW in Baden-Württemberg die Anzahl seiner Ortsgruppen von 5 auf 16 steigern, die Zahl der Sympathisantengruppen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 12 auf 15. Die 1974 noch vorhandenen sechs Ortsaufbaugruppen wurden 1975 durchweg in Ortsgruppen umgewandelt.

Im Bundesgebiet verfügt der KBW über nunmehr 50 Orts- und Ortsaufbaugruppen mit etwa 2 000 Mitgliedern (1973: 1250; 1974: 1700 Mitglieder). Außerdem stützt er sich auf mehr als 100 Sympathisantengruppen mit ca. 400 Mitgliedern. In Baden-Württemberg dürfte die Partei in ihren lokalen Gruppen und in den jeweiligen örtlichen Nebenorganisationen über 800 Personen organisiert haben. Konkrete Angaben über ihren Mitgliederstand in Baden-Württemberg veröffentlichte die Partei auch 1975 nicht. Es ist jedoch sicher, daß die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten zumindest in einigen Ortsgruppen zugenommen hat.

So sind der KBW-Ortsgruppe **F r e i b u r g** und deren Nebenorganisationen etwa 400 Mitglieder und Sympathisanten zuzurechnen, von denen etwa 180 der "Kommunistischen Hochschulgruppe" (KHG), angehören. Noch im Jahre 1974 belief sich der reine Mitgliederstand der Freiburger KBW-Gliederung auf etwa 90 Personen. Bei öffentlichen Veranstaltungen konnte die Ortsgruppe **F r e i b u r g** wiederholt 400 - 500 Personen mobilisieren.

Die KBW-Ortsgruppen in **H e i d e l b e r g** und **M a n n h e i m** umfassen je einen harten Aktivistenkern von 80 - 100 Personen, der durch Mobilisierung der Angehörigen der örtlichen "Massenorganisationen" rasch um das Doppelte vergrößert werden kann. In ihren politischen Aktivitäten werden die KBW-Parteigliederungen von folgenden ebenfalls örtlich organisierten "Massenorganisationen" unterstützt:

- "Kommunistische Hochschulgruppe" (KHG)
- "Kommunistischer Arbeiterjugendbund" (KAJB)
- "Kommunistische Schülergruppe" (KSG)
- "Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV)

KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND (KBW)

- Gruppen in Baden-Württemberg -

● Ortsgruppe

○ Sympathisantengruppe



Stand: 31. Dezember 1975

Die "Massenorganisationen" treten zwar in der Öffentlichkeit als eigenständige Vereinigungen auf, unterliegen jedoch ideologisch und bei politischen Aktionen der Anleitung durch die Kader der jeweiligen KBW-Ortsgruppen.

Das seit Ende 1974 in wöchentlicher Folge erscheinende KBW-Zentralorgan "kommunistische Volkszeitung" (KVZ) blieb mit einer durchschnittlichen Auflage von 40 000 Exemplaren weiterhin eine der größten linksextremen Publikationen. Die Mehrzahl der Ortsgruppen des KBW in Baden-Württemberg legt inzwischen dem Zentralorgan selbstgefertigte "Ortsbeilagen" bei, in denen vornehmlich die lokalen Ereignisse kommentiert werden.

Auch im Jahre 1975 zeigte sich wiederholt die Fähigkeit des KBW, innerhalb kurzer Zeit größere Menschenmassen zu mobilisieren. Dies beweisen unter anderem die zahlreichen örtlichen Aktionen gegen den § 218 StGB und besonders die zentrale Demonstration am 21. September 1975 in Bonn mit ca. 25 000 Teilnehmern. Unter den mit Sonderzügen, Bussen und zahlreichen privaten Kraftfahrzeugen angereisten Demonstrationsteilnehmern waren nach eigenen Angaben allein 900 Personen aus Freiburg und 1300 Personen aus Heidelberg.

Auf der im Oktober 1975 in Frankfurt/Main durchgeführten ersten Delegiertenkonferenz der vom KBW gesteuerten "Komitees und Initiativen gegen den § 218" wurde beschlossen, die Kampagne gegen den § 218 StGB im Jahre 1976 verstärkt fortzusetzen.

Der KBW ließ auch 1975 keinen Zweifel daran, daß die Anwendung von Gewalt ein wesentliches Element seiner politischen Strategie darstellt. Dies bewies er durch die Steuerung der über mehrere Tage anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen Ende Juni in Heidelberg anlässlich der Protestaktionen gegen die geplanten Tarifierhöhungen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG. Zeitweise beteiligten sich bis 2 500 Personen an den militanten Aktionen. Wiederholt rief die Partei während der Unruhen zu "neuen

Aktionen", "Blockaden" auf, während sie andererseits den Abzug der "Polizeihorden" aus Heidelberg forderte (Anlage 1).

In Freiburg konzentrierte sich der KBW besonders auf den Widerstand gegen den Abbruch des Wohngebietes Freiau. Während der polizeilichen Räumung des mehrere Monate lang widerrechtlich besetzten Wohngebietes Freiau kam es im August 1975 ebenfalls zu massiven Auseinandersetzungen, an denen Sympathisanten und Angehörige der KBW-Ortsgruppe Freiburg zumindest agitatorisch beteiligt waren (Anlage 2).

Neben anderen linksextremen Parteien versuchte auch der KBW, auf die Bürgerinitiativen gegen den geplanten Bau eines Kernkraftwerkes (KKW) in Wyhl einzuwirken. In zahlreichen - in hoher Auflage verteilten - Flugblättern machte der KBW deutlich, daß für ihn die angestrebte "Einheit im Kampf gegen das KKW nur ein Schritt ist, um den gemeinsamen Feind, die kapitalistischen Privateigentümer an den Produktionsmitteln, zu bekämpfen und zu besiegen" (Anlage 3).

Verstärkt widmete sich der KBW 1975 der linksextremen Einflußnahme auf die Bundeswehr. Dabei bediente sich die Partei der von ihr gesteuerten acht "Soldaten- und Reservistenkomitees" (SRK), die an verschiedenen Standorten der Bundeswehr in Baden-Württemberg aufgebaut worden sind. Die Aufgabe der "Soldaten- und Reservistenkomitees" (SRK) beschränkt sich nicht allein auf die Beeinflussung und Organisierung deutscher Soldaten und Reservisten, sondern schließt auch die Kontaktaufnahme mit den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten französischen Soldaten ein.

25. Juni 1975

ARBEITER-ZEITUNG

Herausgegeben von der Ortsgruppe Heidelberg des KOMMUNISTISCHEN BUND WESTDEUTSCHLAND (KBW). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: M. Müller, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a, Tel. 4699. Eigendruck, 25.6.75 Auflage 20.000

Heute, 16.30, alle auf die Hauptstraße!

Die Fahrpreiserhöhung muss weg!

Die Unterstützung des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen auf der Straße ist ständig im Wachsen. So haben gestern die nahezu 200 Bewohner eines Heidelberger Altersheimes in einer Resolution gegen die Fahrpreiserhöhungen ausdrücklich die Demonstrationen und Blockaden unterstützt und nur bedauert, daß sie selbst schon zu alt seien, sich daran zu beteiligen.

Der aktive Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung ist breit und erfolgreich und hat sich gerade unter dem Druck des brutalen Polizeieinsatzes verstärkt, so daß am Samstag bis zu 5000 Menschen durch Blockaden des Straßenbahn und Busverkehrs von 11 bis 18 Uhr ihren Willen, die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen, demonstrierten. Nachdem so am Samstag offensichtlich die Heidelberger Bevölkerung die Oberhand behalten hat, tritt nun der oberste Polizeichef dieser Stadt, OB Zundel über seine Hofpresse auf den Plan und kündigt an, daß er sie Mores lehren will.

Während noch vergangene Woche die Rhein-Neckar-Zeitung kaltschnäuzig über die neue Wunderwaffe der Polizei pepper-fog berichtete, wird jetzt nur noch ihre Wirkungslosigkeit festgestellt und OB Zundel ruft nach mehr - mehr Polizei, mehr Ausrüstung, mehr Gewalt, um die Organisierung der Heidelberger Bevölkerung für die Durchsetzung ihrer gerechten Forderung zu zerschlagen.

Eine gerechte Sache wird jedoch nicht ungerecht, weil sie von der herrschenden Klasse dazu erklärt wird und eine gerechte Sache, die den Interessen der breiten Mehrheit entspricht, wird immer Unterstützung finden.

KEINE FAHRPREISERHÖHUNGEN BEI DER HSB! SCHLUSS MIT DEM ABBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS! KAMPF GEGEN DIE AUSPLÜNDERUNG DURCH DEN BÜRGERLICHEN STAAT!

Morgen, am Donnerstag, wird der Heidelberger Gemeinderat über die Fahrpreiserhöhungen bei der HSB beschließen. Heute, am Mittwoch, demonstrieren Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten und andere Teile des Volkes erneut, um die Fahrpreiserhöhungen zu Fall zu bringen.

Zundel und der Gemeinderat vertreten die wenigen Reichen in dieser Stadt. Das sind die Kapitalisten, denen die Fabriken gehören, die davon leben, daß andere für sie arbeiten. Das sind die Kaufhauskonzerne, wie z.B. Horten, für die der Stadtrat sich nicht nur ein Bein ausreißt, sondern gleich die halbe Altstadt abreißen und dafür die Bevölkerung in unerschwingliche Wohnungen am Stadtrand vertreiben will. Das ist die feine Professorenschaft, deren Korruptionsaffären zum Himmel stinken, in deren herrschaftliche Villen aber nicht die erstickende Luft der Altstadt dringt.

Diese ganze saubere bessere Gesellschaft hat in der letzten Woche auf die Polizei gesetzt; diesen Gewaltapparat braucht sie, denn sie hat in der Auseinandersetzung mit dem Volk mehr zu verlieren, als ein paar Stunden lang die Kontrolle über die Schienen der Straßenbahn. Sie schlägt zurück, weil ihre Autorität als herrschende Klasse in dieser Stadt von den Massen angegriffen worden ist. Sie weiß, daß die erfolgreichen Blockaden vom letzten Donnerstag, Freitag und Samstag viele Menschen dazu ermutigt haben, in Aktionen und durch wachsende Solidarisierung ihren Willen gegen den Willen der herrschenden kleinen Minderheit zu setzen.

Die sehr zahlreiche Mehrheit, das sind die Arbeiter und alle, deren Lebenslage in dieser Stadt unter den herrschenden Verhältnissen schlecht ist. Sie haben ein lebhaftes Interesse daran, den Übermut der staatlichen Organe zu zügeln. Nach den Fahrpreiserhöhungen 65, 69, 71, 73, sagen sie: 1975 ist Schluß!

WELCHE ENTSCHEIDUNG IST VON DEN RATHAUSPARTEIEN AM DONNERSTAG ZU ERWARTEN?

Die einzige Stimme, nämlich die der KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum, die von Anfang an gegen die Fahrpreiserhöhungen im Gemeinderat und auf der Straße eingetreten ist, soll bei der Ab-

stimmung nicht zählen, denn sie ist für diese und die folgende Sitzung am 2.7. von der Teilnahme ausgeschlossen worden.

Alle anderen Parteien haben bisher jedes Mal fast einmütig Fahrpreiserhöhungen beschlossen. Diesmal manövrieren sie heftiger als gewohnt, weil ihr Ansehen bei der Bevölkerung schon vor jedem Beschluß ziemlich angeschlagen ist. Die Abstimmung wird diesmal nicht einstimmig sein. SPD und FDP haben sich in Worten gegen die Erhöhung geäußert. Der ASTA der Pädagogischen Hochschule, der von Jusos gestellt wird, lehnt die Fahrpreiserhöhungen ab und spricht sich für weitere Aktionen aus. Selbst einige junge CDU-ler denken darüber nach wie der Staat das Loch bei der HSB stopfen könnte. Sicher ist, daß Oß Zundel (SPD) den Gemeinderat zwingen will, zu parieren. Sicher ist auch, daß alle bürgerlichen Parteien ihm offen oder insgeheim zustimmen, daß man dem Druck der Straße, wiesie es selber 1969 genannt haben, nicht weichen darf. Zundel hat sich seit Beginn der Demonstrationen und Blockaden nur noch als Herr der Kreispolizei geäußert. Er wird am Mittwoch noch einmal gewaltsam gegen die Heidelberger Bevölkerung vorgehen, um dem anderen Instrument des Staates, dem Gemeinderat, für seinen Beschluß am Donnerstag freie Bahn gegen das Volk zu schaffen.

Es kommt deshalb darauf an, heute wieder massenhaft auf die Straße und die Schienen zu gehen. Der Straßenbahn- und Busverkehr muß völlig stillstehen. Der Punkt, von dem aus man das am besten erreichen kann, ist der Bismarckplatz, denn für die Bahnlinsen führt kein Weg daran vorbei.

HEUTE 16.30 ALLE ZUR HAUPTSTRASSE!

Klassenkampf

Verantw. i. S. d. P.: M. Moos
78 Freiburg/c. o. Büro des KBW
Poststraße 5, 2. OG
Öffnungszeiten Mo-Fr 17-19 Uhr
Telefon 24171
Druck: Eigendruck

Extra
13.8.75

**KBW KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND
ORTSGRUPPE FREIBURG**

1000 Polizisten überfallen die Freiau! Der Gemeinderat schwingt den Knüttel - Das Volk darf das nicht hinnehmen

Am Morgen, gegen 9 Uhr, hat ein riesiges Polizeie-
ser die Häuser der Freiau überfallen. Jeder konnte
sehen, auf was sich die Herren von Gemeinderat
und Stadtverwaltung einzig und allein stützen konnten
auf nichts als die nackte Gewalt, durchgesetzt
von Polizeitruppen, die das Volk bezahlt. Tausend
Polizisten, schwerstens bewaffnet mit drei Wasser-
erfern, drei Panzerspähwagen, Polizeihubschrauber,
und ein Wagen, auf dessen ausfahrbarem Arm Polizei-
spitzel filmten, riegelten das ganze Gebiet um die
Freiau ab. Der Zubringer Mitte wurde gesperrt, was
im Verkehrschaos hervorrief. Ohne Vorwarnung wur-
de dann zugeschlagen: Polizisten neigten an ihren
Mistolenhalftern, und ziehen Tränengranaten
aus dem Gürtel. Sie stürmten auf die Häuser los,
mussten sich aber zunächst zurückziehen, weil sie
mit Farbbeuteln als Hausabreißer deutlich gekenn-
zeichnet wurden. Erst nachdem Verstärkung eintraf,
und die Freiau von drei Seiten umringelt war,
konnten sie in einzelne Häuser eindringen, und
schlugen Türen und Fenster ein, und warfen Ein-
richtungsgegenstände aus dem Fenster. Eine Frei-
au-Bewohnerin, Studentin, wurde bei diesem Einsatz
mit einem der neu angeschafften 1 m langen Holz-
knüttel so schwer am Kopf getroffen, dass sie ins
Krankenhaus eingeliefert wurde. Die ersten Ver-
letzungen wurden vorgenommen. Nachdem gegen
die Übermacht der Polizei die ca. 100 Freiau-Be-
wohner und Unterstützer sich an dieser Stelle
nicht durchsetzen konnten, wurde versucht, die
abtransportierten neuen Verstärkungen und Bau-
fahrzeuge an der Baslerlandstr./Ecke Heinrich
von Stephanstr. aufzuhalten. Dies gelang eine
Stunde lang. Als die Polizei gegen die Sperre
aus Menschen vorrückt, fahren 5 Polizeiautos
auf die Menge los. Ein Freiau-Bewohner, Lehr-
ling, wird durch die Luft geschleudert, und fällt
mit dem Kopf auf den Boden. Er mußte mit dem
Krankenwagen abtransportiert werden. Als es der
Polizei aber gelingt, mit ihrer Überzahl in die
Freiau wieder vorzudringen, Sperrgitter zu er-
richten, und alles abzuriegeln, zieht eine Demon-

stration aus der Freiau in die Innenstadt, bringt
an Amtsgericht und Rathaus ihren Protest gegen
diesen Polizeiüberfall auf die Freiau zum Ausdruck,
und fordert Keidel und Zens auf, zu erscheinen, und
Rechenschaft abzulegen. Im Rathaus hat sich eine
weitere Hundertschaft Polizei einquartiert. Als sich
ein Polizeispitzel mit seinem Fernsehaufzeich-
nungsgerät zu frech aus dem Fenster des Rat-
hauses lehnt, um die Demonstranten zu filmen,
fliegt aus der empörten Menge ein Farbbeutel
auf ihn, und mit völlig weißem Gesicht gibt er
sein Geschäft vorläufig auf, unter Beifall aller.
In der Freiau haben sich inzwischen vor den
Sperrgittern viele Menschen angesammelt, die
zusehen müssen, wie Fahrzeuge die Möbel der
Freiau-Bewohner abtransportieren, und die Bag-
ger zum Abriss bereitstehen. Als SPD-Stadtrat
Dingler auftaucht, und aufgefordert wird, zu den
Maßnahmen der Polizei Stellung zu nehmen, die im
Auftrag des Gemeinderates die Freiau abreißen
sollen, rückt ein Polizei-Schlägertrupp, kaum dass
Dingler das Megaphon genommen hat, an, schlägt mit
unglaublicher Brutalität zu, und treibt die Men-
schen bis an die Kronenbrücke zurück. Dabei er-
leidet eine Freiau-Bewohnerin einen derartig
schweren Schock, dass sie ebenfalls in Kranken-
haus muß.
Von all diesen Geschehnissen zwischen 9 und 13
Uhr allerdings hört man im Südwestfunk in sei-
ner "Landesumschau" das genauste Gegenteil. Die
Polizei hätte "kurz und gezielt" zugeschlagen,
und als einhellige Meinung der Freiburger Be-
völkerung werden Interviews mit Reaktionären
gesendet, die sich Adolf Hitler wieder herbei-
wünschten. Zum Ziel hat das ganze, den Polizei-
einsatz dadurch zu unterstützen, dass man die
Freiau-Bewohner als Kriminelle, Isolierte und
Störer hinstellt, gegen die man mit einem sol-
chen Polizeiaufgebot notgedrungen vorgehen mus-
ste. Dies zeigt sich daran, dass alle diejenigen
Meinungen auf dem Rathausplatz, die den Abriss
der Freiau und den Polizeiaufmarsch verurteil-

**Kommt alle in die Freiau heute um 17 Uhr,
um zu besichtigen, welche Ergebnisse
die Politik des Gemeinderates hat!**

ten und gegenüber dem Südwestfunkreporter zum Ausdruck bringen wollten, beiseite geschoben wurden, oder aus der Sendung geschnitten wurden. Das Aufgebot von 1 000 Polizisten mit Panzerfahrzeugen und Wasserwerfern, die Abriegelung eines ganzen Stadtteils sprechen deutlich dagegen, daß sich dieser Einsatz gegen ein "paar Störer" wandte. Berechnet war dieser Aufmarsch und der Belagerungszustand auf all jene, die bisher in Unterschriften und Erklärungen den gerechten Kampf der Freiau-Bewohner unterstützt haben, berechnet ist er darauf, jene ca. 350 Menschen, die noch am Dienstag einen Polizeieinsatz verurteilten (z.B. alle Freiburger Studentenausschüsse, die Freiburger Bürgerinitiative, die Schülervertretung des Rotteckgymnasiums, 15 Kollegen, darunter der Betriebsratvorsitzende der Firma Hohlfelder) einzuschüchtern und mundtot zu machen. Berechnet ist er darauf, in Freiburg "Ruhe und Ordnung" herzustellen, so dass der Gemeinderat und die Stadtverwaltung und die Reichen in dieser Stadt Platz haben für erneute Angriffe auf die werktätige Bevölkerung.

"Das also ist der Rechtsstaat, von dem immer geredet wird", meinten ältere Frauen mittags auf dem Rathausplatz. Ein Gewaltapparat, der eingesetzt wird, um die Interessen der Besitzenden gegen das Volk durchzusetzen. Ein Gewaltapparat, der zu nichts anderem taugt, als die Macht und den Profit der Geldsäcke zu schützen und zu verteidigen. Die Wut über diesen Staatsapparat im Volk steigt, und er wurde auch deutlich nach dem Polizeiüberfall zum Ausdruck gebracht. Auf dem

Amtgericht und im Rathaus wurde in großen Rollen geschrieben:

WIR PROTESTIEREN GEGEN DEN POLIZEIÜBERFALL AUF DIE FREIAU!

WIR FORDERN, DASS DIE VERANTWORTLICHEN RECHENSCHAFT ABLEGEN VOR DEM VOLK!

Keidel und Zens ist es gelungen, mit einer Bürgerkriegsarmee die Freiau von hundert Menschen zu räumen. Ihnen ist es gelungen, Häuser und Wohnungen zu zerstören, auf die die Bewohner dringend angewiesen sind. Ihnen ist es gelungen, 6 Menschen in Polizeigewahrsam, und drei Menschen ins Krankenhaus zu bringen. Das ist ihr Erfolg!

Nicht aber ist es ihnen gelungen, Unterstützung im Volk für ihre Politik zu finden, und die Bewegung gegen den Abriss der Freiau politisch zu zerschlagen. Ihr Polizeiüberfall ist ihnen teuer zu stehen gekommen. Ihre ganze Politik im Interesse der Reichen kommt immer mehr in Mißkredit, und ihnen glaubt kaum noch einer, wenn sie vom "Allgemeinwohl" reden. Der Geldsack schaut allzu deutlich dahinter hervor. Die Freiau-Bewohner haben dazu aufgerufen, heute nachmittag in die Freiau zu kommen, um sich die Ergebnisse der Stadtratspolitik anzuschauen. Möglichst viele sollen sich ein Bild davon machen, was die Ergebnisse dieser Politik sind, und gegen den Polizeiüberfall protestieren. Der KOMMUNISTISCHE BUND WESTDEUTSCHLAND unterstützt diesen Aufruf zur Besichtigung der Freiau und zum Protest gegen den Polizeiüberfall und fordert alle auf, direkt nach der Arbeit in die Freiau zu kommen.

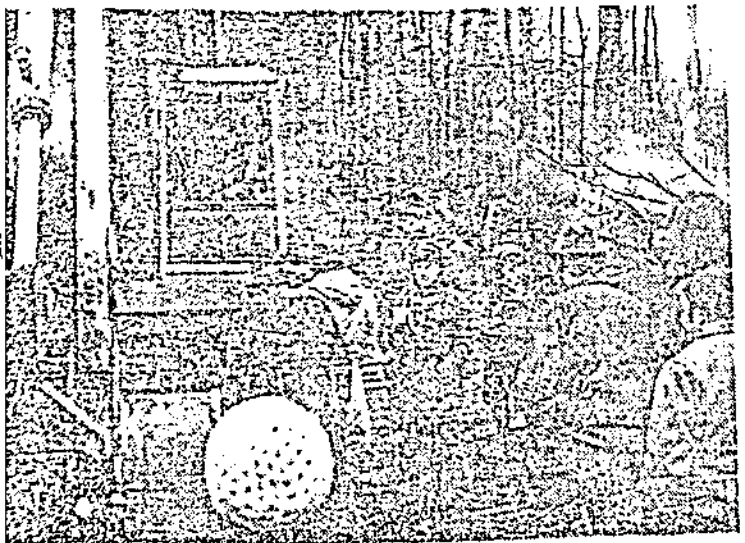
ALLE in DIE FREIAU!
BESICHTIGUNG um
17 UHR

Gegen Landesregierung und Badenwerk: Der Bauplatz in Wyhl bleibt besetzt!

Am Montag morgen ließ das Badenwerk mit den Vorbereitungen für den Bau des KKW Wyhl beginnen. Das Gelände wurde eingezäunt und am Montag abend kontrollierte Polizei mit Hunden das Gelände. Am Zaun ließ das Badenwerk einen Zettel anbringen, in dem es heißt: "Jeder einzelne, der sich an der Besetzung des Standortes oder einer Behinderung von Bauarbeiten beteiligt, macht sich persönlich nicht nur strafbar, sondern auch schadenersatzpflichtig als Gesamtschuldner für den vollen entstehenden Schaden. Die Strafbarkeit und die Schadenersatzpflicht beschränken sich also nicht nur auf die Rädelsführer und Hintermänner". Bürgermeister Zimmer von Wyhl ließ eine polizeiliche Anordnung verteilen, in der er das Betreten des Bauplatzes untersagt und für jeden Fall der Zuwiderhandlung 200.- DM androht. Das Badenwerk und die Landesregierung rechneten damit, daß die Bevölkerung durch die ständige Hetze in den letzten Wochen eingeschüchtert wäre und aus Angst davor, mit den "Radikalen" in einen Topf geschmissen zu werden, nichts unternehmen würde. DOCH ALL DIE DROHUNGEN UND VER- SUCHE, DIE EINHEIT ZU SPALTEN, VERFINGEN NICHT!



Schreiberling der Badischen Zeitung am Mittwoch morgen auf den Platz kam, ging er knapp an Prügeln vorbei. Viele sagten, daß sie dieses Scheißblatt abbestellen und ein Bauer meinte: "Wenn ihr da so lügt, wo es uns angeht, dann werdet ihr auch bei anderen Sachen lügen." Über Polizeifunk berichtete der Einsatzleiter in Wyhl an die zentrale Einsatzleitung in der Landespolizeidirektion in Freiburg, daß die Anwesenden den Anordnungen der Polizei nicht Folge leisten würden. Daraufhin setzte die Polizei gezielt das Mittel der Einschüchterung einzelner Sprecher der Bevölkerung ein. Listen mit Namen, unter anderem des Gastwirts Baltasar Ehret, aus Weisweil und der Ärztin Focke, wurden auf das Bürgermeisteramt in Wyhl gegeben und dort wurden die Zwangsgelder verhängt. Doch auch damit kam die Polizei nicht weiter: Die Zwangsgeldverfügungen wurden auf dem Platz verbrannt und die Bauern begannen mit den notwendigsten Arbeiten auf dem Platz u.a. mit dem Bau einer kleinen Brücke über einen Rheinarm.



Immer mehr Menschen kamen auf den Platz, vor allem nach Geschäftsschluß zwischen 17 und 19 Uhr. Die Landespolizeidirektion riet von einer gewaltsamen Räumung ab und Bürgermeister Zimmer meinte zur Polizei, daß er Angst davor habe, daß dann das Rathaus gestürmt würde. Am Mittwoch verschärfte die Landesregierung ihre Hetze. Sie drohte, daß gegen die Bauplatzbesetzung mit aller Schärfe vorgegangen würde und versuchte erneut, das Ganze als eine Angelegenheit von Hintermännern darzustellen.

Am Dienstag morgen um 11 Uhr sammelten sich in der Nähe des Bauplatzes ca. 500 Menschen und zogen auf den Platz. Sie forderten die Bauarbeiter auf, die Arbeiten zu beenden, was diese auch sofort taten. Um 12.20 Uhr forderte die Polizei dreimal auf, den Platz zu verlassen. Die Badische Zeitung lügt, wenn sie behauptet, daß daraufhin die Menschen den Bauplatz geräumt hätten. Alle, die die Besetzung des Platzes am Dienstag unterstützten, wissen es besser! Die Besetzung wurde trotz den Drohungen der Polizei zu räumen aufrechterhalten und dauert immer noch an. Als der

Aber trotz aller Drohungen steht die Bauplatzbesetzung. Gestern abend waren trotz Regen und Kälte 400 - 500 Menschen auf dem Platz vor allem Arbeiter und Bauern der umliegenden

Dörfer. Sie haben angefangen, feste Unterkünfte zu errichten und Verpflegungsstände aufzubauen. Auch die ständig angedrohten Strafen und Platzräumung werden diesen Widerstand nicht zum Erliegen bringen.



Das zeigt: DIE RECHNUNG VON LANDESREGIERUNG UND BADENWERK GEHT NICHT AUF!

Immer mehr Menschen kommen auf den Platz und unterstützen den Kampf gegen das KKW. Nicht einige "Hintermänner", sondern die Bevölkerung selbst führt diesen Kampf. Seit 2 Jahren kämpft sie gegen den Bau des KKW's. Dabei hat sie viel Erfahrung gesammelt und gemerkt, daß der Landesregierung und den Kernkraftwerkskapitalisten jedes Mittel recht ist, um ihre Pläne durchzusetzen. So kündigte die Landesregierung an, daß im Falle einer Ablehnung des Grundstücksverkaufs im Wyhler Bürgerentscheid sie kurzerhand das Baugelände enteignen würde. Gleichzeitig wurde der Wyhler Bevölkerung das Blaue vom Himmel herunter versprochen und damit die schwierige Lage der vielen Nebenerwerbslandwirte und Pendler schamlos ausgenutzt. So heißt es in einem Mitteilungsblatt der Gemeinde kurz vor dem Bürgerentscheid, daß das KKW der Gemeinde folgende Vorteile bringe: Ca. 240 Arbeitsplätze im KKW, durch das erhöhte Gewerbesteueraufkommen sei die Gemeinde in der Lage, Sportanlagen, Freibad, Hallenbad, Gemeinschaftshaus für Vereine zu bauen. Die Gebühren, Beiträge und Steuern würden herabgesetzt. So können z.B. eine Kläranlage ohne finanzielle Beteiligung der Bürger gebaut werden, die ohne KKW jeden mehrere Tausend DM kosten würde. Das Badenwerk würde außerdem eine Umgehungsstraße bauen und die Gemeinde beim Bau sozialer Einrichtungen unterstützen! Und schließlich sei beabsichtigt, "saubere Industrie auf der Gemarkung anzusiedeln."

Und was sagt der Gemeinderat, der diese Propagandaschrift verteilen ließ, zu den Gefahren durch das KKW? Hier heißt es lediglich, daß die Gutachter nachgewiesen hätten, daß das KKW "keine unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Mensch und Natur" mit sich bringen würde! Doch damit wollen und können sich die Bauern, Nebenerwerbslandwirte und Arbeiter nicht abfinden. Was für die KKW - Kapitalisten alles vertretbar ist, das haben die unzähligen Unfälle mit dem KKW

Würgassen und dem KKW Obrigheim gezeigt! Die Bevölkerung lehnt entschieden jede Gefährdung ihrer Existenz ab, während es die Landesregierung darauf ankommt, um jeden Preis der Industrie billige Energie bereitzustellen und das Badenwerk nur das große Geschäft mit den Kernkraftwerken im Auge hat. Beide versuchen, aus der schwierigeren Situation der Bevölkerung, vor allem aus dem Fehlen von Arbeitsplätzen ihren Nutzen zu ziehen. Daß trotz aller Erpressungen 43 % der Wyhler gegen den Verkauf des Grundstücks gestimmt haben, ist schon ein großer Erfolg des Widerstands der Bevölkerung in der ganzen Region.

Die Kapitalisten drohen damit, daß im Falle der Verhinderung des KKW Arbeiter entlassen werden müssen. Doch die Arbeiter machen zur Zeit die Erfahrung, daß ihre Arbeitsplätze so oder so unsicher sind, ob mit oder ohne KKW. Die 1,2 Millionen Arbeitslosen kommen sicherlich nicht daher, daß überall der Bau von Kernkraftwerken verhindert würde. Vielmehr hat dies seine Ursache darin, daß die Kapitalisten die Arbeiter auf die Straße werfen, wenn es für ihren Profit günstig ist.

Die Arbeiter haben auch keinerlei Vorteil davon, wenn durch die angebliche Sicherung von Arbeitsplätzen die Existenz der Bauern weiter ruiniert wird.

Unter diesen Bedingungen der Gefährdung der Menschen und ihrer Existenz ist die Schaffung von einigen Arbeitsplätzen durch das Kernkraftwerk kein Gewinn.

Die Verhinderung des KKW allein bringt freilich keine Lösung des Problems der fehlenden Arbeitsplätze, der fehlenden sozialen Einrichtungen und der Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern. Wenn aber nur noch die Alternative bleibt, Elend ohne KKW oder noch größeres Elend mit KKW, dann drängt sich auf, daß die Arbeiterklasse gemeinsam mit den Bauern eine solche Gesellschaftsformung abschaffen muß, daß die Einheit im

Kampf gegen das KKW nur ein Schritt ist, um den gemeinsamen Feind, die kapitalistische Privateigentümer an den Produktionsmitteln, zu bekämpfen und zu besiegen.

Ob das KKW gebaut wird oder nicht, das hängt wesentlich von der Unterstützung der Kaiserstühler Bevölkerung aus der ganzen Region und wesentlich auch aus den Freiburger und Emmendinger Betrieben. Als nächsten Schritt schlagen wir vor, daß die Betriebsräte, Jugendvertreter, Schülklassen, Gewerkschafter und alle Kollegen sich dem Kampf anschließen, um die Landesregierung noch weiter zu isolieren. Eine wichtige Unterstützung des Kampfes ist wenn man gemeinsam mit Arbeitskollegen oder Freunden zum Bauplatz fährt und so den Widerstand gegen den Bau des KKW unterstützt.

Fertiggestellt am 19.2.75 1

AM DONNERSTAG UND FREITAG AB 16.30 UHR IN DER SCHUSTERSTRASSE UND AM SAMSTAG AB 9.30 IN DER RATHAUSGASSE BERICHTEN WIR WEITER ÜBER DEN WIDERSTAND GEGEN DAS KERNKRAFTWERK WYHL!

Insgesamt haben die linksextremen Aktivitäten des KBW 1975 deutlich zugenommen, sein Auftreten gegenüber den staatlichen Organen sowie politisch Andersdenkenden ist zugleich spürbar aggressiver geworden. Sein Tätigkeitsfeld erstreckte sich gleichermaßen auf die Justiz, die Hochschulen, Schulen und Betriebe wie auf die Gewerkschaften und die Kommunalbehörden und -politiker.

Die Kandidatur des KBW in 26 der 70 Wahlkreise bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 4. April 1976 verdeutlicht die gewachsene Organisationskraft dieser maoistisch orientierten Partei, für die 5751 Stimmen abgegeben wurden.

3.2 "Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD) und "Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML)

Die überregional organisierten Parteien KPD und KPD/ML haben im Jahre 1975 in Baden-Württemberg ihre linksextremen Aktivitäten unvermindert fortgesetzt. Dennoch ist es weder der KPD noch der KPD/ML trotz leichten Mitgliederzunahmen gelungen, den KBW an Organisationskraft und Mitgliederstärke auch nur annähernd einzuholen. Die Zahl der örtlichen Parteigliederungen hat sich im Jahre 1975 gegenüber 1974 nur leicht erhöht; immerhin konnten beide Parteien ihre Aktivitäten in den Orts- und Sympathisantengruppen des Landes deutlich verstärken.

Die linksextreme Agitation der KPD-Gruppen in Baden-Württemberg (vgl. Graphik S.16) konzentrierte sich 1975 auf die Städte Stuttgart (KPD-Ortsleitung), Mannheim (KPD-Ortsleitung), Karlsruhe (KPD-Ortsleitung), Reutlingen (KPD-Parteikomitee), Heidelberg, Tübingen, Freiburg, Villingen-Schwenningen, Lörrach.

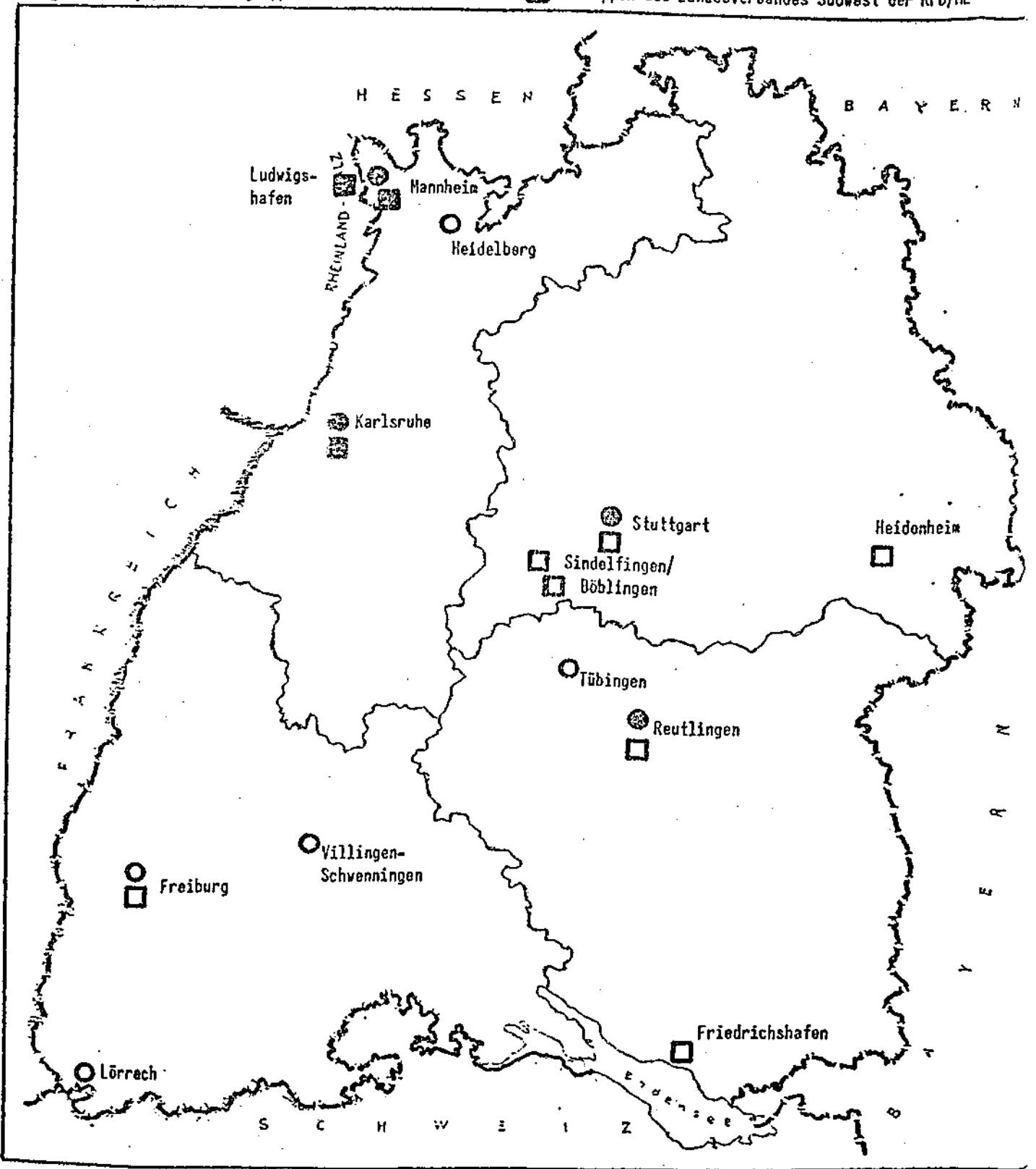
Die 1974 in G a g g e n a u aktiv gewesene KPD-Sympathisantengruppe trat 1975 nicht mehr in Erscheinung; die in S i g m a r i n g e n gelegentlich auftretende "Sozialistische Gruppe Sigmaringen" (SGS), die zunächst der KPD zuneigte, gelangte 1975 mehr und mehr unter den Einfluß des KBW.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
(KPD/ML)

- Gruppen in Baden-Württemberg -

- ⊗ KPD-Ortsleitungen (Parteikonitees)
- KPD-Sympathisantengruppen
- Gruppen des Landesverbandes Baden-Württemberg der KPD
- ▣ Gruppen des Landesverbandes Südwest der KPD/ML



Stand: Dezember 1975

Für die linksextremen Aktivitäten der KPD/ML in Baden-Württemberg sind zwei Landesverbände dieser Partei verantwortlich. Dem KPD/ML-Landesverband Baden-Württemberg sind Stützpunkte in den Städten Stuttgart, Böblingen/Sindelfingen, Reutlingen, Friedrichshafen, Freiburg, Heidenheim zugeordnet.

Dem KPD/ML-Landesverband Süd-West gehören in Baden-Württemberg die Gruppen M a n n h e i m /Ludwigshafen und K a r l s r u h e an (vgl. Graphik Seite 16).

Die KPD und die KPD/ML dürften in Baden-Württemberg zusammen etwa 400 bis 450 Mitglieder und aktive Anhänger zählen. Ein wesentlicher Teil der von der KPD und der KPD/ML ausgehenden Aktivitäten wurde auch 1975 von den jeweiligen Neben- und Hilfsorganisationen mitgetragen. Die "Kommunistische Partei Deutschlands" bedient sich dabei insbesondere der "Liga gegen den Imperialismus", die in 10 Städten Baden-Württembergs aktiv ist, der "Roten Hilfe e.V.", die in S t u t t - g a r t eine Ortsgruppe unterhält, und des "Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands" (KJVD).

ROTTA FÄHME KPD

INFORMATIONSDIENST NR. 7

Gestern nachmittag nahmen die Herren Filbinger und Konsorten nochmals Stellung zum KKW in Wyhl. Ihre "Debatte" im Landtag brächte für den Kampf der Kaiserstühler Bevölkerung nichts neues:

- "Das KKW wird gebaut, sonst gehen Ende dieses Jahrzehnts die ersten Lichter aus" und "sichere Energieversorgung heute heißt sichere Arbeitsplätze morgen". Filbinger erpresst das Volk: um die Inbetriebnahme der profitablen KKW durchzusetzen, wischt er erwiesene Tatsachen über die Gefährlichkeit von KKW unter den Tisch, spricht er nicht von den Stilllegungen fast aller KKW in den USA, von der negativen Auswirkung der radioaktiven Strahlung auf das Erbgut und die gesamte Umwelt. Kernenergie - unter kapitalistischen Bedingungen angewandt - birgt wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen einen enormen Unsicherheitsfaktor in sich, der zu keinem Zeitpunkt gegen Absicherung von Arbeitsplätzen ausgespielt werden kann. Arbeitsplätze, an denen wir uns selbst und unsere Familien vergiften, wollen wir nicht. Im Gegenteil: wir werden weiter gegen den Bau des KKW kämpfen und uns nicht gegen die übrige Bevölkerung Baden-Württemberg ausspielen lassen!

- "Recht muß Recht bleiben und wer Unrecht duldet, schadet dem Recht". Der berechtigte und gerechte Kampf der Kaiserstühler Bevölkerung gegen ein menschenfeindliches Projekt kann nicht durch den Spruch irgendeines Gerichts in diesem Lande ausgelöscht werden. Denn was sollen wir von einer Regierung, was sollen wir von einer Justiz erwarten, die sich nicht einmal an die von ihr selbst gesetzten Spielregeln hält: "Geburt wird auf jeden Fall, egal wie der Entscheid ausgeht" (Wirtschaftsminister Eberle vor der Abstimmung der Wyhler über den Geländeverkauf)! Da stellt sich doch die Frage: was ist das für ein Recht, das wir da einhalten sollen, wer hat denn dieses Recht gemacht und: wem dient dieses Recht? Wir glauben nicht mehr an eine neutrale Justiz, an eine neutrale Demokratie, unsere Interessen werden mit Füßen getreten, wir werden an den Haaren durch heiße Asche gezogen und unsere Kinder werden durch die Luft geschleudert - alles um die Monopoldiktatur einer kleinen Minderheit in dieser Gesellschaft durchzusetzen. Diese Demokratie ist keine Demokratie für das Volk, diese Justiz spricht nicht Recht im Interesse des Volkes - dies haben wir inzwischen praktisch erfahren und deshalb haben wir unsere Sache selbst in die Hand genommen, Herr Filbinger!

Wer sind unsere Bündnispartner in diesem gerechten Kampf um unsere Sache, um unsere Interessen?

Die SPD meinte heute im Landtag, die Landesregierung habe sich durch "Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten" den Widerstand der Bevölkerung eingehandelt. Der "Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beim Polizeieinsatz" sei nicht gewahrt und die Bevölkerung sei "diskriminiert" worden, weil die CDU die Kaiserstühler mit "Linksextremisten" gleichsetze. Was sollen wir von einer solchen Stellungnahme halten?

1. Die SPD sagt damit klar, daß sie für das KKW in Wyhl ist und wendet sich lediglich gegen die Form, mit der die CDU hier vorging. "Mehr Aufklärung" ist die Devise der SPD - doch sie wird mit noch soviel Broschüren uns von unserem Kampf nicht abbringen!
2. Die SPD steht auf Seiten der Herrschenden Klasse in diesem Staat und verteidigt voll und ganz diesen "Rechtsstaat", von dem wir inzwischen erfahren haben, wem er dient. Durch einen "geschickteren Polizeieinsatz" versucht sie sich der herrschenden Klasse als die bessere Sachwalterin ihrer Interessen in der Landesregierung anzubiedern.

SPD - versucht die SPD wie die CDU einen Keil zwis...
liche Front aller KKW-Gegner zu treiben, um von ihrer eigenen
sition abzulenken - nämlich, wie es SPD-Schieler ausgeführt hat
das Verwaltungsgerichtsurteil noch zu karten und das...
Bau des KKW's zu unterstützen.

Die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) hat im Unterschied zu
SPD und anderen bürgerlichen Parteien den Kampf gegen das KKW kons
und praktisch unterstützt. Durch die Herausgabe eines regelmäßigen
Informationsdienstes haben wir einen wesentlichen Beitrag zur Organis
rung des Kampfs in der Region selbst geleistet. Wir unterstützen die
Bürgerinitiativen und kämpfen auch mit solchen SPD-Mitgliedern zus
men, die sich klar auf die Seite der Kaiserstühler Bevölkerung stel
für die Besetzung und Verteidigung des Bauplatzes und für die Verh
derung des KKW-Baus aktiv eintreten. Als Partei der Arbeiterklasse
ben wir jeden Kampf der Volksmassen um berechnete Interessen ihrer
Existenz und ihres Lebens. Allerdings sagen wir, daß es nicht nur um
Wahl geht. Wuhl hat die Diktatur dieses Systems deutlich hervortre
lassen, eine Diktatur, wie sie sich in allen gesellschaftlichen Ber
chen mehr oder weniger verhält zeigt. So führt die KPD in der
BRD einen konsequenten Kampf gegen die Geißel des kapitalistischen Ber
tams, die Arbeitslosigkeit, die inzwischen weit über 10 Millionen
auf die Straße geworfen hat. In Arbeitslosenkomitees organisiert die
KPD die Arbeitslosen entlang eines 9-Punkte-Programms für ihre ber
tigten Interessen mit dem Ziel, daß die Arbeitslosen gemeinsam mit
Arbeitern in den Betrieben gegen geplante Stilllegungen, kurzar
Nationalisierungen kämpfen. So führt die KPD den Kampf gegen die
lig unzureichende medizinische Versorgung, die jeder von uns zu
bekommt. Die KPD hat bsp. in Stuttgart d... Typhusskandal ans
gezerrt und die Profitinteressen des Kaufhaus-Kapitalisten Hor
orange t. In Berlin kämpfen wir zusammen mit der Kreuzberger B
ung für eine Kinderpoliklinik, haben eine Volksambulanz in die
beiterviertel eingerichtet, in dem jeder kostenlos behandelt wird.
Auch dieser Kampf ist dem dortigen SPD-Senat ein Dorn im Auge:
dort geht die Polizei gegen die Bevölkerung mit Hundestaffeln,
drahtverhaue und Verfolgungen vor - zu offensichtlich ist der
ihres Systems, das sie nur noch mit Terror aufrechterhalten könn
oben dieses System ist es, das wir insgesamt bekämpfen. Wuhl ist
böartiges Geschwür, daß man durch eine "geschickte Operation" w
eseitigen könnte. Wuhl ist ein besonders deutliches Beispiel für die
ackte Monopoldiktatur, die in diesem Staat herrscht und wofür
gemacht und ausgelegt werden. Dieses System der Rechtslosigkeit,
tördrückung und Ausbeutung für die Volksmassen bekämpfen wir in
Bereichen und treten zugleich ein für eine Gesellschaftsordnung,
nicht mehr solche Volksfeinde wie Filbinger das Sagen, sondern die
beiterklasse an der Macht ist und alle Schichten des Volkes, auch
Bauern, von den Fesseln des kapitalistischen Systems befreit sind.
wissen wir, daß uns der Sozialismus nicht in den Schoß fällt, genaus
wenig wie uns die Verhinderung des KKW in den Schoß fällt. Die ho
schende Klasse wird sich gegen unseren Widerstand verteidigen und
dem brutalsten Terror nicht zurückschrecken, nicht wir haben die
welt erfunden - wir haben sie vorgefunden. In Wuhl haben wir gele
am unsere Ziele zu erreichen, müssen wir uns wehren, müssen wir
diesen Staatsapparat kämpfen - freiwillig gewinnen wir keinen Zent
ter Boden! Wollen wir erfolgreich kämpfen, müssen wir uns immer er
zusammenschließen: so wie wir die Z... des Badenwerks niederge
haben, so werden wir auch eines Tages in diesem Land die Schmarot
und Parasiten von dannen jagen und gemein am eine neue Gesellsch
Sozialismus, aufbauen!

GEGEN MONOPOLDIKTATUR, FÜR VOLKSDEMOKRATIE - DIE ARBEITERKLASSE AN
MACHT! MIT DER KPD FÜR DEN SOZIALISMUS!

VERANSTALTUNG:

Es sprechen: JENS SCHEER, kommunistischer Professor an der Universität Bremen, Bedroht vom Berufsverbot, die Nutzung von Kernenergie - sowie D. Kreidt, Vors. des Regionalkomitee

Samstag, den 1. März, 19.00 Uhr
Gasth. "Engel" Sasbach (Kais. st.)



23.2.75

KPD / ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLAND / MARXISTEN - LENINISTEN

VERHINDERT DEN BAU DES KKW!

Donnerstag, 6.00 Uhr früh. Bis hin nach
 Die Polizei sperrt die Polizei die Straßen
 Sie will damit verhindern, daß die
 Bevölkerung zum KKW-Bauplatz kommt, ob-
 wohl die Leute angeblich gar nicht ge-
 hen das KKW sind.
 Bauplatz selbst fahren Panzerwagen
 auf. Zusätzlich rollen Wasserwerfer an.
 Schlagstöcken, Schildern und Helm
 bewaffnet gehen schließlich ca. 600 Po-
 zisten gegen ungefähr 150 Besetzer
 r. An den Maschinen werden Männer und
 Frauen weggerannt. Darunter eine Älte-
 Frau, die sie durch den Dreck schlei-
 ft. Eine jüngere Frau ziehen sie der-
 brutal, daß ihr etwa 2-3. altes
 zu Boden geschleudert wird. Einem
 werfer brechen sie den Arm. Dann Was-
 werfer-Einsatz. Insgesamt werden 54
 Männer und Frauen festgenommen.
 Kapitalisten und ihre Helfer in Re-
 lung und Staat zeigen ihr wahres Ge-
 ht: 100.000 haben sich mit ihrer
 rschrift gegen das KKW ausgespro-
 ! Aber nicht die Existenz vieler
 rn, nicht der Wille Tausender, nicht
 Vernunft des Volkes zählt in diesem
 t, sondern einzig die "Vernunft" der
 salisten: Der Profit!
 meisten Gegner des KKW hatten noch
 geglaubt. bei uns würde Demokra-
 ürs Volk herrschen. Sie sprechen
 r und wieder mit den Verantwört-
 n des KKW. Aber das "Bürgeranhö-
 verfahren" sah so aus: Ins eine
 ein, aus dem anderen wieder raus!
 hatten Unterschriften gesammelt, hat
 ch auf einen Bürgerentscheid ver-
 , bei dem von vornherein fest-
 Falls "nein" gestimmt wird, wird
 atz halt enteignet! Aber alles
 ichts. Natürlich nicht. Denn hier
 s Demokratie nur für die Bourgeoisie
 ie dürfen legal alte Frauen an
 aren durch den Dreck schleifen.
 rau, die ihr Leben lang mitgehol-
 das Land aufzubauen, das man ihr
 esetzlich abgesichert wegnehmen
 ine Frau, die Monat für Monat
 bezahlt hat, um diejenigen zu
 n, die jetzt mit Panzerwagen das
 vor dem Volk schützen. In Brei-
 rde das KKW nicht gebaut. Wer
 in Wyhl erlebt hat, weiß auch
 ort hat man sich nicht

den verlassen.
 Die Besetzung des Bauplatzes zeigt:
 Hier wird nicht mehr den bürgerli-
 chen Gesetzen vertraut, sondern der
 Solidarität der Bevölkerung.
 Der Polizeiüberfall ist kein Ausrüt-
 scher. Das KKW in Wyhl bedeutet für
 die Kapitalisten sehr viel: Es soll
 einmal die 6,5-fache Energie liefern
 die der Großraum Freiburg überhaupt
 benötigt. Damit wollen die Kapitalis-
 ten einen Teil des Groß-Industriege-
 tes versorgen. Hier bei uns finden
 die westdeutschen Kapitalisten noch
 billiges Bauland, billige Arbeitskrä-
 te, klares Wasser, und was ebenso wi-
 tig ist: das Industriegebiet liegt zentral
 in Europa und hat gute Transport-
 wege (Rhein usw.). Wir sehen also: Das
 KKW bedeutet für die Kapitalisten Profit.

DIE RUINIERUNG DER BAUERN...

Und für die Bauern? Die Kapitalisten
 sagen, daß das KKW sichere Arbeitspl-
 ze schafft. Das ist doch eine ziemli-
 che Unverschämtheit. Erst ruinieren
 die Banken, Nahrungsmittelkonzerne, In-
 dustrie für landwirtschaftl. Masch. usw.
 usw. seit Jahren die Bauern (keine !
 der Bauern am Kaiserstuhl kommt ohne
 Nebenerwerbstätigkeit über die Runden
 Dann wird das KKW durch die Umweltver-
 schmutzung und -veränderung vielen
 ern den Rest geben. die nachfolgende
 Industrie mit ihrem Dreck wird ein
 riges tun. Wahr ist also vielmehr, daß
 Kapitalisten nehmen den Bauern ihre
 beitsplätze, ihre Existenzgrundlage
 ihren Hof und dann kommen sie und b-
 ten sichere Arbeitsplätze an. Auf ge-
 Deutsch: Für sie sind die Bauern billi-
 lige Arbeitskräfte. Ist es aber wirk-
 lich so, daß, wenn neue Industrie an-
 gebaut wird, die Arbeitsplätze im Ka-
 pitalismus gesichert sind? Im Gegen-
 ! Arbeitslosigkeit herrscht nicht,
 weil wir zu wenig Industrie haben. In
 Industrieballungszentren wie an der
 Ruhr - wo doch vor der Krise noch ge-
 nügend Arbeitsplätze waren - herrscht
 jetzt die größte Arbeitslosigkeit.
 Das wird im kapitalistischen Indust-
 gebiet Oberrhein auch nicht anders
 sein.
 Oder das Märchen der Energiesicherun

rch das KKW. Wenn zur gleichen Zeit e modernsten Kohle-Zechen Europas an r Ruhr dichtgemacht werden, glaubt das niemand mehr. Um die gleiche Menge rom zu erzeugen, müßten bei Kohle alrdings Tausende von Arbeitern mehr in wegung gebracht werden, als bei Kern-ergie; und das schmälert bekanntlich n Profit.

d schließlich führt man den techni- hen Fortschritt ins Feld: "Wir leben ch heute im 20ten Jahrhundert usw. usf" r sind auch nicht gegen den techni- hen Fortschritt. Sicherlich wird man e Energiegewinnung mit Atomkraftwer- n irgendwann in den Griff bekommen, mlich: im SOZIALISMUS.

er in den Händen der Kapitalisten ingt der technische Fortschritt Not d Elend für die Massen, weil er der höhung des Profits dient. Denken wir r an die Mechanisierung der Landwirt- haft. Für die Kleinbauern heißt dies: edite aufnehmen; d.h. sie verschulden id werden abhängig von den Banken. Der echn. Fortschritt ist hier zu einem Mit el der Enteignung der Bauern durch die apitalisten geworden und nicht ein Mit el zur Erleichterung der Arbeit.

a viel größeren Maße zeigt sich dies hhand des KKW. Die notwendigen Sicher- eitsmaßnahmen werden auf ein Minimum eduziert, weil sie keinen Profit brin- en. Um des Profites Willen zerstören lso die Kapitalisten hier bedenkenlos ie berufliche Existenz vieler Bauern, efährden ihre Gesundheit, vernichten asere Heimat. Wir sehen also, es geht icht allein ums KKW. Das KKW steht als eispiel für Ausbeutung und Unterdrük- ung im Kapitalismus. Die Phrasen von rbeitsplatzsicherung und techn. Fort- chritt sollen davon ablenken: Es geht m den Profit und nicht um die Interes- en des Volkes.

s stehen sich also die Profitinteres- en der Kapitalisten und die Lebensin- eressen des Volkes unvereinbar gegen- ber. Um den Widerstand des Volkes ge- en ihre volksfeindlichen Pläne zu bre- hen, setzen die Kapitalisten, wie über ll, ihren Staatsapparat, ihre bewaffne en Einheiten, Polizei u. Bundesgrenz- chutz ein. Wie sonst könnte dieses kl. äuflein von Kapitalisten die Herr- schaft über die breite Mehrheit des Vol- es ausüben?! Der Staatsapparat ist ein neutrales Ding, das die Parteien, on uns gewählt, für uns verwalten.

Die Demokratie wird uns durch die Parla- mente vorgegaukelt. Aber jeder weiß, die Industrialisierung des Oberrheins ist icht auf dem Mist des Parlamentes ge- wachsen, sondern in den Ministerialkanz- leien und Vorstandsetagen der Kapitalis- ten geplant worden. Das Parlament hat em nur brav ein demokratische Mäntel-

chen umgehängt. Das ganze "demokrat- sche" Tam-Tam: Anhörungsverfahren, Jurementscheid, diene nur dem Betrug am Volk.

BEENDET NUR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

Der Polizeieinsatz ist kein Zeichen der Stärke der Kapitalisten, sondern ihrer Schwäche. Die Menschen, die "nur" gekommen waren gegen das KKW zu kämpfen, sehen dadurch noch klarer, daß es um mehr geht: Um das kapitalistische System, wo es keine Demokratie für das Volk gibt, sondern nur für die Kapitalisten. Wo die Kapitalisten kein demokratisches Recht haben, auszubeuten, Bauern zu ruinieren, Arbeiter auf die Straße zu schmeißen, die Heimat für ihre Profite zu zerstören, muß für das Volk Diktatur herrschen. Diese Herrschaft läßt sich nur beenden, wenn die Macht zerbrochen wird, auf die sie sich stützen: den kapitalistischen Staatsapparat.

Daß das Volk im Kampf gegen das KKW diese Erkenntnis gewinnt, ist die größte Angst der Kapitalisten. Deshalb versuchen sie mit der Hetze gegen "Linksradikele" einen Keil zwischen die Marxisten-Leninisten und das Volk zu treiben. Diese Angst um den Fortbestand ihrer Herrschaft allein könnte die Kapitalisten dazu bewegen auf das KKW zu verzichten. Das Volk soll dann denken: die da oben sind gar nicht so schlimm.

NUR PASSIVER WIDERSTAND?

Wenn einige Leute immer wieder betonen, nur passiven Widerstand zu leisten, so dient das dazu, zu verschleiern, daß beim KKW, wie überall im Kapitalismus, unvereinbare Profitinteressen der Kapitalisten und Lebensinteressen des Volkes aufeinanderstoßen. Diese Leute sagen dann: Man solle nicht mit aktivem Widerstand die Herren da oben provozieren, sondern auf deren Vernunft hoffen. Der Bau des KKW entspricht aber haargenau der kapitalistischen Vernunft. Der Geist des passiven Widerstandes soll das Volk zur Kapitulation gegenüber der Gewalt der Kapitalisten erziehen. Dieser Geist dient nur dem Bau des KKW.

Das Volk muß aber lernen, seine Vernunft, seine Lebensinteressen, im unversöhnlichen Kampf durchzusetzen

NICHT PASSIVER WIDERSTAND SONDERN UNVERSÖHNLICHER KAMPF GEGEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

Von der KPD/ML werden in Baden-Württemberg deren Jugendorganisation "Rote Garde" mit 8 Gruppen und die "Rote Hilfe Deutschlands" (RHD) mit 7 Stützpunkten gesteuert.

Im Mittelpunkt der linksextremen Aktivitäten von KPD und KPD/ML standen auch im Jahre 1975 zahlreiche Kundgebungen und Protestaktionen, die teilweise mit großem publizistischem Aufwand vorbereitet und durchgeführt wurden. Mit besonderer Aggressivität wurden neben allgemeinpolitischen Fragen, etwa dem Inhalt und den Auswirkungen des 13. Strafrechtsänderungsgesetzes sowie Tarifauseinandersetzungen zwischen Sozialpartnern, insbesondere einzelne Vorgänge und Ereignisse in verschiedenen Landesteilen aufgegriffen. Hinzuweisen ist vor allem auf die intensive Agitation der KPD gegen den geplanten Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl (Anlage 4/5).

Trotz Flugblattverteilungen und sporadischer Herausgabe von Betriebszeitungen blieben die Bemühungen beider Parteien, nachhaltigen Einfluß auf die "Werk-tätigen" zu erlangen, weitgehend erfolglos. Die Bildung von geschlossenen und arbeitsfähigen Betriebsgruppen ist nicht gelungen. Ebenfalls gescheitert sind die Versuche, unzufriedene Gewerkschaftsangehörige in einer "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) zu sammeln.

4. Zur Situation an den Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes Baden-Württemberg gehören auch weiterhin zum bevorzugten Aktionsfeld der extremen Linken. Bei den Wahlen zu den studentischen Vertretungskörperschaften und den Grundordnungsgremien haben jedoch die demokratischen Hochschulgruppen ihre Positionen festigen und damit die Mandatsanteile linksextremer Studentengruppen weiter reduzieren können.

Insgesamt nehmen am Ende des Wintersemesters 1975/76 linksextreme Hochschulgruppen noch 81 der 289 Mandate ein, was einem Anteil von 28 Prozent entspricht. Dies bedeutet für die extreme Linke gegenüber dem Ende des Wintersemesters 1974/75 einen weiteren Verlust von 13 Mandaten. Lediglich im Studentenparlament der Universität Heidelberg dominieren gegenwärtig - bedingt durch den hohen Mandatsgewinn einer Listenverbindung von Mitgliedern der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) und des "Sozialistischen Hochschulbundes" (SHB) mit Linksunabhängigen - links-extreme und mit diesen kooperierende Gruppen. Mit Ausnahme der Universität Konstanz, an der Angehörige extremer Gruppen unverändert 9 der 20 Sitze im Studentenparlament einnehmen, ist die Position dieser Gruppen an allen anderen Universitäten Baden-Württembergs mehr oder weniger deutlich geschwächt. Dies zeigt sich auch daran, daß die linksextremen Hochschulgruppen aus den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) herausgedrängt werden. Nur noch der AStA der Universität Hohenheim wird ausschließlich vom MSB Spartakus getragen. An den Universitäten Konstanz, Freiburg und Stuttgart verdanken links-extreme Gruppen ihre Präsenz im AStA lediglich den Koalitionen mit zahlenmäßig stärkeren demokratischen Organisationen.

Den empfindlichsten Rückschlag mußte die "Kommunistische Hochschulgruppe" (KHG), die örtliche Studentenorganisation des "Kommunistischen Bundes Westdeutschland" (KBW), an der Universität Heidelberg hinnehmen: sie verlor 9 ihrer bisher 23 Mandate und büßte auch absolut gesehen erheblich an Stimmen ein. Nach dem Verlust ihres einzigen Mandates an der Universität Karlsruhe ist die KHG nur noch in den Studentenparlamenten von 4 der 9 Universitäten vertreten.

Zusammensetzung der Studentenparlamente

Universität	Linksextreme Hochschulgruppen								ins-ges.	Demo- krati- sche Gruppen	Sitze insges
	KHG	MSB	SHB	KSV	KSG	GIM	Son- stige	ins-ges.			
Heidelberg	14 (23)	2 (5)	- (-)	1 (1)	- (-)		16 (-)	33 (29)	30 (34)	63	
Mannheim	- (-)	- (-)							25 (25)	25	
Karlsruhe	- (1)	5 (4)	5 (9)					10 (14)	25 (21)	35	
Stuttgart	- (-)	3 (3)		- (-)	- (5)			3 (8)	27 (22)	30	
Hohenheim	2 (2)	7 (10)			1 (5)			10 (17)	15 (12)	25 (29)	
Tübingen	- (-)	1 (1)	1 (1)		2 (5)			4 (7)	31 (28)	35	
Freiburg	2 (5)	- (1)	3 (4)	- (-)		2 (2)		7 (10)	28 (25)	35	
Ulm		2 (-)			3			5 (-)	16 (20)	21 (20)	
Konstanz	4 (5)	2 (2)	3 (2)		- (-)			9 (9)	11 (11)	20	
Insgesamt:	22 (34)	22 (26)	12 (16)	1 (1)	6 (15)	2 (2)	16 (-)	81 (94)	208 (198)	289 (292)	

Stand: Ende Wintersemester 1975/76 (in Klammern Vergleichszahlen Ende Wintersemester 1974/75)

Erläuterungen: KHG - Kommunistische Hochschulgruppe
 MSB - Marxistischer Studentenbund Spartakus
 SHB - Sozialistischer Hochschulbund
 KSV - Kommunistischer Studentenverband
 KSG - Kommunistische Studentengruppen
 GIM - Gruppe Internationale Marxisten

Der DKP-nahe "Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB) hat seine Position im wesentlichen zu halten vermocht.

Außer an den Universitäten M a n n h e i m und F r e i - b u r g errang er bei allen Wahlen zu den Studentenparlamenten Mandate. Der MSB, der vom "Sozialistischen Hochschulbund" (SHB) unterstützt wird, ist damit zur stärksten und organisatorisch gefestigtsten kommunistischen Studenten-Organisation in Baden-Württemberg aufgestiegen.

Die Studentenvereinigung der maoistischen KPD, der "Kommunistische Studentenverband" (KSV), und die Hochschulorganisation der KPD/ML, der "Kommunistische Studentenbund / Marxisten-Leninisten" (KSB/ML), haben ihre verfassungsfeindliche Agitation fortgesetzt. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, ihre Basis zu verbreitern.

Weitere Verluste mußten die "Kommunistischen Studentengruppen" (KSG), der Studentenverband des maoistisch ausgerichteten "Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschland" (KABD), hinnehmen, die noch vor wenigen Jahren (Name damals: KSG/ML) eine der bedeutendsten linksextremen Hochschulgruppen in Baden-Württemberg waren.

II. Rechtsextreme Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Beim organisierten Rechtsextremismus war im Jahr 1975 eine weitere Zersplitterung zu beobachten. Bezeichnend hierfür ist die Neubildung einer Anzahl kleiner, vornehmlich neonazistischer Gruppen und Zirkel. Zugleich traten neue Verlage und Buchdienste in Erscheinung, die rechtsextremes Schrifttum vertreiben (nunmehr ca. 40 statt 30 im Vorjahr).

Diese Entwicklung ist Ausdruck der ideologischen und taktischen Uneinigkeit und Unsicherheit, die sich nach dem Niedergang der NPD im rechtsextremen Lager ausgebreitet haben. Trotz der Zunahme der Zahl der rechtsextremen Vereinigungen sind insgesamt die Mitgliederzahlen - bedingt vor allem durch die teilweise erheblichen Verluste der NPD - weiterhin leicht rückläufig (2.500 - 3.000).

Die Finanzlage aller rechtsextremen Parteien und Vereinigungen ist nach wie vor äußerst angespannt; allgemein zeigt sich eine zunehmende Spenden- und Beitragsmüdigkeit der Mitglieder. Speziell auf der NPD lasten zusätzlich noch immer die aufgrund schlechten Abschneidens bei Bundes- und Landtagswahlen notwendig gewordenen Rückzahlungen bereits erstatteter Wahlkampfkosten. Die politische Situation des deutschen Rechtsextremismus war im Jahr 1975 durch folgende Grundtendenzen gekennzeichnet: Die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) hat als Repräsentant der "Alten Rechten" sowohl in ihrer Attraktivität nach außen als auch in ihrer Wirkung nach innen weiter an Gewicht verloren. In den Bundesländern, in denen sie sich an Landtags- oder Bürgerschaftswahlen beteiligte, blieben die Stimmenanteile von höchstens 1,1 % weit hinter den parteiinternen Erwartungen zurück. Die Folgen waren Resignation und Mitgliederverluste, zumal sich die NPD für viele Rechtsextremisten politisch nicht überzeugend profilieren konnte.

Nachdem der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts am 29. Oktober 1975 einen Feststellungsantrag der NPD, der sich

gegen ihre Bewertung als rechtsextremistische Partei in dem vom Bundesminister des Innern herausgegebenen "Verfassungsschutzbericht 1973" richtete, als "offensichtlich un begründet" zurückgewiesen hat, dürfte die NPD in Zukunft eher noch verstärkt versuchen, sich gegen den Vorwurf, eine "Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung" zu sein, verbal zur Wehr zu setzen.

Die zur "Alten Rechten" zählende und von Dr. FREY gegründete "Deutsche Volks-Union" (DVU) sowie der als Kooperationsgremium mit anderen rechtsextremen Gruppen geschaffene "Freiheitliche Rat" haben im zurückliegenden Jahr keine wesentlichen politischen Aktivitäten entwickelt.

Lediglich die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) und die ursprünglich nur für den nordbadischen Raum gegründete rechtsextreme "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK) entfalteten eine stärkere politische Aktivität und konnten Anhänger gewinnen. Die anderen einschlägigen, vornehmlich traditionsgebundenen oder nach eigener Darstellung kulturellen Anliegen verpflichteten Vereinigungen vegetieren weiterhin am Rande des Geschehens im Bereich des Rechtsextremismus.

Die Bedeutung der noch vor wenigen Jahren überaus aktiven Gruppen der nationalrevolutionären "Neuen Rechten" ist zurückgegangen. Ständige Veränderungen der Organisationsformen und der personellen Zusammensetzung der Führungsgremien sowie Uneinigkeit über die politische Zielsetzung kennzeichnen die Lage. Nur der von rivalisierenden Funktionären der in Baden-Württemberg nicht mehr bestehenden "Aktion Neue Rechte" (ANR) gegründete "Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten" (RB) und die "Deutsche Sozialistische Volkspartei" (DSVP) machten durch Teilnahme an Aktionen anderer rechtsextremer, darunter neonazistischer Vereinigungen in der Öffentlichkeit verstärkt auf sich aufmerksam. Allerdings ist ihnen der erhoffte Durchbruch zur "Wahlpartei der Neuen Rechten" nicht gelungen.

Aufmerksamkeit erfordert die zunehmende Aktivität neo-nazistischer Kader, Gruppen und Zirkel. Ihr "Kern" dürfte zwar nur aus etwa 100 Personen im gesamten Bundesgebiet bestehen, dem rund 200 Sympathisanten hinzugerechnet werden müssen. Sie haben aber in den zurückliegenden Monaten durch ihr spektakuläres Auftreten in der in- und ausländischen Öffentlichkeit nicht unerhebliches Aufsehen erregt.

Viele der Gruppen haben keine feste Organisationsstruktur, sondern sind Gruppen, die sich auf Initiativen der jeweiligen "Führer" versammeln und aktiv werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die "Deutsche Bürgerinitiative" (DBI) des Rechtsanwalts Manfred Roeder, Bensheim, und der "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) des Journalisten Erwin Schönborn, Frankfurt/Main. An ihren Aktionen beteiligten sich kleinere Gruppen wie z.B. die "Kampfgruppe Priem e.V." (Freiburg) und die "Nationalsozialistische Kampfgruppe" (Mannheim), die im übrigen auch durch örtliche Aktionen auf sich aufmerksam machten.

Gemeinsam ist nahezu allen diesen als neonazistisch einzustufenden Gruppen, daß sie jedes nationalsozialistische Unrecht zwischen den Jahren 1933 und 1945 leugnen. Sie agitieren beständig und lautstark für eine Amnestie zugunsten aller wegen NS-Verbrechen Verurteilten und polemisieren mit einer sich steigernden Vehemenz, Verbissenheit und Intoleranz gegen alle politisch Andersdenkenden und die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

Insgesamt haben die Angriffe rechtsextremer Vereinigungen auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung im vergangenen Jahr namentlich durch das unverhohlenen militante Auftreten neonazistischer Gruppierungen eine Steigerung erfahren.

2. Organisationen der "Alten Rechten"

2.1 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Die politische Aktivität des Landesverbands Baden-Württemberg der NPD hat 1975 parallel zu der Entwicklung im gesamten

Bundesgebiet weiter nachgelassen. Neben den führenden Funktionären nahm lediglich noch eine Minderheit der etwa 1 400 Mitglieder regelmäßig am Parteileben teil. Die Mehrheit zeigte sich desinteressiert. Von den offiziell bestehenden 39 NPD-Kreisverbänden entfalteten nur noch knapp die Hälfte politische Aktivitäten.

Um diesen negativen Eindruck nach außen zu verwischen und um die Parteiarbeit zu beleben, ging der Landesvorstand daran, inaktive mit aktiven und mitgliederstarke mit mitglieder-schwachen Kreisverbänden zu verschmelzen. Die stärksten und aktivsten NPD-Kreisverbände bestehen gegenwärtig noch in den Stadtkreisen S t u t t g a r t , K a r l s r u h e und M a n n h e i m sowie im Landkreis L u d w i g s b u r g und im R h e i n - N e c k a r - K r e i s .

Trotz der enttäuschenden Wahlergebnisse der vergangenen Jahre beteiligte sich die rechtsextreme Partei an der Landtagswahl am 4. April 1976 in 64 von 70 Wahlkreisen. Die NPD, die den Wahlkampf unter dem Motto "Zukünftig sowieso - warum nicht gleich NPD" führte, verstand sich dabei als "einzige Alternative zu den etablierten Parteien"; sie errang 0,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

2.2 "Junge Nationaldemokraten" (JN)

Der Landesverband Baden-Württemberg der "Jungen Nationaldemokraten" (JN), der etwa 250 Mitglieder umfaßt, befindet sich weiterhin in einem seit 1974 zu beobachtenden leichten Aufwärtstrend. Unter Führung des Oberstudienrats Günter DECKERT, W e i n h e i m , der bis Oktober 1975 als Bundesvorsitzender fungiert hatte, und des derzeitigen Landesvorsitzenden Heiner FISCHER, F r e i b e r g / Kreis Ludwigsburg, konnten die "Jungen Nationaldemokraten" ihren politischen Einfluß nicht nur auf den NPD-Bundesverband, sondern auch auf deren Landesverband Baden-Württemberg verstärken. Die in anderen Landesverbänden wegen ideologischer Streitigkeiten zwischen der NPD und den JN aufgetretenen Spannungen

blieben in Baden-Württemberg aus. Auf dem Landeskongreß der "Jungen Nationaldemokraten" am 25. Mai 1975 in B ö b - l i n g e n hob der NPD-Landesvorsitzende Werner KUHNT denn auch die reibungslose Zusammenarbeit zwischen NPD und JN besonders hervor.

2.3 "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" (VVK)

Die "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" wurde im Dezember 1974 von Mitgliedern des Bezirks Nordbaden der "Deutschen Volkunion" (DVU), der NPD, der HIAG und des "Jugendbund Adler" (JBA) in B r u c h s a l gegründet. Sie hat etwa 50 Mitglieder und einen größeren Sympathisantenkreis. Vorsitzender ist der ehemalige DVU-Funktionär Karl-Heinz KEUKEN, Fabrikant in B r u c h s a l .

Die VVK stellte sich ursprünglich zur Aufgabe, "regional begrenzt auf den nord- und mittelbadischen Raum die Zusammenarbeit aller nationalfreiheitlichen Kräfte zu fördern". Inzwischen hat sie jedoch Kontakte zu einer Vielzahl von rechtsextremistischen und anderen Gruppen sowie zu extremen Kleinstzirkeln und Einzelpersonen im ganzen Bundesgebiet und - nach eigenen Angaben - auch zu Gruppen im Ausland aufgenommen. Besonders enge Beziehungen pflegt sie mit der "Kampfgruppe Priem e.V." in F r e i b u r g , dem "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) in Frankfurt/Main, und dem "Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten" (RB) in S t u t t g a r t .

Im Oktober 1975 gründete die VVK ihre Jugendorganisation "Vereinigung Verfassungstreuer Jugend" (VVJ), die als Sammelbecken für die Mitglieder verschiedener rechtsextremistischer Jugendorganisationen dienen soll, bisher aber noch keine Erfolge zu verzeichnen hat.

Die "Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte" gibt als eigenes Organ das Mitteilungsblatt "union - Freiheitlicher Informationsdienst", für Schüler das Blatt "bajonett - Freiheitlicher Informationsdienst für Schüler in Deutschland" und für den

Rechtsblock "fanal - Organ des Rechtsblocks" heraus. Alle drei Blätter sind bis auf die Titel inhaltsgleich.

3. Organisationen der "Neuen Rechten"

Die ständigen ideologischen Auseinandersetzungen und die andauernden persönlichen Streitigkeiten der Funktionäre untereinander trugen dazu bei, daß die Restgruppen der "Neuen Rechten" in Baden-Württemberg in der Öffentlichkeit weniger in Erscheinung traten.

Lediglich der "Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten" (RB) und die "Deutsche Sozialistische Volkspartei" (DSVP) entfalteten eine gewisse Aktivität, die sich jedoch auf örtliche Veranstaltungen beschränkte.

Dem RB gehören derzeit nicht mehr als 100 Mitglieder an. Er verfügt über Gruppen in F r e i b u r g, K a r l s r u h e, R o t t w e i l, S t u t t g a r t, W a n g e n und Darmstadt/Hessen.

Zu der vom RB beabsichtigten Gründung einer "neuen, großen, gemeinsamen Volksbewegung und Wahlpartei" kam es bisher nicht, jedoch sollen eine Programmkonferenz und ein Parteigründungs-ausschuß die Voraussetzungen dafür schaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt führt der RB die neue Bezeichnung "Rechtsblock - Volksblock, naturpolitische Bewegung".

Die "Deutsche Sozialistische Volkspartei" (DSVP), deren Aktivitäten sich in der Regel auf Zusammenkünfte im Raum S t u t t g a r t beschränken, machte auf sich aufmerksam, als sie unter dem Motto "Laßt Hess frei - Schluß mit der Folterhaft" in Zusammenarbeit mit den neonazistischen Gruppen "Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS), Frankfurt, und "Kampfgruppe Priem e.V.", F r e i b u r g, im Rahmen eines "Aktionskomitees Freiheit für Rudolf Hess" in der Zeit vom 1. - 8. November 1975 in S t u t t g a r t einen Hungerstreik durchführte.

4. Neonazistische Gruppen

Die neonazistische "Kampfgruppe Priem e.V.", F r e i - b u r g , die am 4. Juli 1975 mit einer öffentlichen Veranstaltung an ihr einjähriges Bestehen erinnerte, hat zwischenzeitlich einen Großteil ihres inneren Zusammenhalts verloren. Von den ursprünglich rund 50 Mitgliedern sind nur noch etwa 10 aktiv. Gegen einige von ihnen waren beziehungsweise sind Ermittlungsverfahren wegen Verdachts krimineller Straftaten anhängig.

Um seine Kampfgruppe vor dem Zerfall zu retten, versucht PRIEM mit Flugblattaktionen neue Mitglieder zu werben.

Die politische Aktivität der "Kampfgruppe" äußerte sich vor allem in der Teilnahme an Aktionen anderer rechtsextremistischer Vereinigungen, so zum Beispiel an der Demonstration des "Kampfbundes Deutscher Soldaten" (KDS) gegen die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen am 27. November 1975 in L u d w i g s b u r g , sowie an dem von der "Deutschen Sozialistischen Volkspartei (DSVP) initiierten Hungerstreik für die Freilassung von Rudolf HBSS vom 1. - 8. November 1975 in S t u t t g a r t . Am 17. Juni 1975 veranstaltete die "Kampfgruppe" eine eigene "Gedenkkundgebung für die Opfer des 17. Juni" in S c h o p f h e i m ; in der Nacht vom 9./10. November 1975 beschniorten einige Mitglieder Häuser der Freiburger Innenstadt mit Hakenkreuzen.

Enge Verbindungen bestehen zum NPD-Kreisverband F r e i - b u r g , der PRIEM als Kandidaten der NPD für die Landtagswahl 1976 im Wahlkreis Freiburg II aufgestellt hat.

Eine weitere neonazistische Vereinigung, die sich "Nationalsozialistische Kampfgruppe" nennt, besteht in M a n n h e i m . Ihr Leiter Hans-Ulrich NEUFELD sowie einige weitere Mitglieder der etwa 15 Personen zählenden Gruppe gehörten bis 1973 der "Aktion Neue Rechte" an. Die Gruppe, die als lose Vereinigung weder über ein Programm noch über eine Satzung verfügt, pflegt enge Kontakte zu anderen neonazistischen Gruppen im Bundesgebiet. Sie verhält sich im allgemeinen konspirativ. Öffentlich trat sie bislang lediglich in der Nacht vom 9./10. November 1975 durch Hakenkreuzschmierereien an verschiedenen Brücken der Bundesautobahn Mannheim-Frankfurt in Erscheinung.

Teilnahme politisch extremer Parteien an der Landtagswahl
am 4. April 1976 - Endgültiges Ergebnis

	NPD		DKP		KBW		Sonstige	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Gesamtergebnis:	42 927	0,9	18 762	0,4	5 751	0,1	1 138	0,0
Wahlkreise:								
1 Stuttgart I	460	0,6	407	0,6	107	0,1	1)* 32	0,0
2 Stuttgart II	543	0,7	342	0,5	95	0,1	-	-
3 Stuttgart III	583	0,8	492	0,6	59	0,1	1)* 74	0,1
							2)* 132	0,2
4 Stuttgart IV	608	0,8	524	0,7	101	0,1	1)* 85	0,1
Stuttgart insgesamt	2 194	0,7	1 765	0,6	362	0,1	-	-
5 Göppingen	553	0,8	216	0,3	-	-	-	-
6 Leonberg	543	0,8	209	0,3	-	-	-	-
7 Esslingen	636	0,9	435	0,6	-	-	-	-
8 Kirchheim	663	0,9	319	0,5	-	-	-	-
9 Mürtlingen	725	0,9	302	0,4	-	-	-	-
10 Göppingen	637	1,0	247	0,4	-	-	-	-
11 Geislingen	477	0,9	265	0,5	-	-	-	-
12 Ludwigsburg	822	1,1	269	0,4	149	0,2	-	-
13 Vaihingen	591	1,1	-	-	-	-	-	-
14 Bietigheim - Bissingen	692	0,9	323	0,4	-	-	-	-
15 Waiblingen	607	0,9	218	0,3	129	0,2	-	-
16 Schorndorf	385	0,7	197	0,4	-	-	-	-
17 Backnang	698	1,4	225	0,5	-	-	-	-
18 Heilbronn	555	1,0	221	0,4	-	-	-	-
19 Eppingen	624	1,0	-	-	-	-	-	-
20 Neckarsulm	584	1,0	192	0,3	-	-	-	-
21 Hohenlohe	1 104	2,1	-	-	-	-	-	-
22 Schwäbisch Hall	858	1,3	270	0,4	-	-	-	-
23 Main - Tauber	1 148	1,7	-	-	-	-	-	-
24 Heidenheim	486	0,7	416	0,6	-	-	-	-
25 Schwäbisch Gmünd	522	0,9	168	0,3	-	-	-	-
26 Aalen	456	0,6	185	0,2	-	-	-	-
27 Karlsruhe I	691	0,9	314	0,4	167	0,2	3)* 51	0,1
28 Karlsruhe II	704	1,0	344	0,5	180	0,3	3)* 43	0,1
Karlsruhe insgesamt	1 395	1,0	658	0,5	347	0,2	3)* 94	0,1
29 Bruchsal	692	1,1	194	0,3	112	0,2	-	-
30 Bretten	1 037	1,8	219	0,4	-	-	-	-
31 Ettlingen	-	-	331	0,6	129	0,2	-	-
32 Rastatt	600	0,9	-	-	-	-	4)* 238	0,3
33 Baden - Baden	-	-	-	-	-	-	4)* 319	0,6

Wahlkreise:	NPD		DKP		KdW		Sonstige	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
34 Heidelberg	656	1,1	319	0,5	1 052	1,7	-	-
35 Mannheim I	427	0,9	563	1,3	238	0,5	-	-
36 Mannheim II	456	1,0	575	1,3	191	0,4	-	-
37 Mannheim III	413	0,7	425	0,8	225	0,4	-	-
Mannheim insgesamt	1 296	0,8	1 563	1,0	654	0,4	-	-
38 Neckar - Odenwald	1 094	1,6	-	-	-	-	-	-
39 Weinheim	1 047	1,4	362	0,5	190	0,3	-	-
40 Schwetzingen	749	0,9	276	0,3	372	0,5	-	-
41 Sinsheim	1 003	1,3	244	0,3	330	0,4	-	-
42 Pforzheim	466	0,9	273	0,5	74	0,1	-	-
43 Calw	733	1,3	216	0,4	-	-	-	-
44 Enz	792	1,0	383	0,5	-	-	-	-
45 Freudenstadt	379	0,8	183	0,4	-	-	-	-
46 Freiburg I	-	-	334	0,5	333	0,5	-	-
47 Freiburg II	309	0,5	297	0,5	433	0,8	-	-
Freiburg insgesamt	309	0,2	631	0,5	766	0,6	-	-
48 Breisgau	582	1,0	-	-	-	-	-	-
49 Emmendingen	-	-	298	0,5	154	0,2	2)* 164	0,3
50 Lahr	-	-	401	0,7	-	-	-	-
51 Offenburg	603	1,1	205	0,4	95	0,2	-	-
52 Pohl	628	1,1	226	0,4	-	-	-	-
53 Rottweil	956	1,4	-	-	-	-	-	-
54 Villingen - Schwenningen	968	1,3	322	0,4	-	-	-	-
55 Tuttlingen - Donaueschingen	1 248	1,7	358	0,5	-	-	-	-
56 Konstanz	338	0,7	264	0,5	142	0,3	-	-
57 Singen	561	1,0	361	0,6	-	-	-	-
58 Lörrach	1 127	1,5	656	0,9	-	-	-	-
59 Waldshut	1 070	1,3	574	0,7	-	-	-	-
60 Reutlingen	768	1,1	451	0,6	-	-	-	-
61 Hechingen - Münsingen	683	1,1	321	0,5	-	-	-	-
62 Tübingen	664	0,9	1 246	1,6	171	0,2	-	-
63 Balingen	943	1,5	-	-	-	-	-	-
64 Ulm	691	1,0	372	0,5	-	-	-	-
65 Ehingen	611	1,1	-	-	-	-	-	-
66 Biberach	564	0,7	226	0,3	-	-	-	-
67 Bodensee	532	0,7	-	-	321	0,4	-	-
68 Wangen	-	-	-	-	-	-	-	-
69 Ravensburg	-	-	237	0,4	202	0,4	-	-
70 Sigmaringen	582	1,0	-	-	-	-	-	-

* Zeichenerklärung:

- 1) Europäische Arbeiterpartei (EAP)
- 2) Kommunistische Partei Deutschland (KPD)
- 3) Spartacusbund (SpB)
- 4) Deutsche Friedens-Union (DFU)

III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

1. Allgemeiner Überblick

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat die meisten der politisch extremen Ausländerorganisationen zu erhöhter Aktivität hinsichtlich Mitgliederwerbung und allgemeiner Propagandatätigkeit sowie zu gezielter Agitation gegen deutsche Behörden und Institutionen stimuliert. Ferner bieten die noch immer spürbaren Auswirkungen der politischen Veränderungen in Griechenland, Spanien und Portugal Ansatzpunkte für die Propaganda. Dabei wird deutlich, daß sich Parteien und Vereinigungen der deutschen extremen Linken in zunehmendem Maße zu Verfechtern angeblich "berechtigter Interessen ausländischer Arbeitnehmer" machen, um aus deren wirtschaftlicher Unsicherheit oder aus außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegenden aktuellen Anlässen für sich und ihre ausländischen Gesinnungsfreunde politisches Kapital zu schlagen.

In den vergangenen Jahren waren es vor allem die ausländischen Studenten, die eine gesteigerte Anfälligkeit für politisch extreme Parteien zeigten. Zunehmend trifft dies jedoch auch auf ausländische Arbeitnehmer zu. Die Ursachen dafür sind wohl in erster Linie in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen, in die im vergangenen Jahr auch viele Ausländer unverschuldet geraten sind.

Im Zuge dieser Entwicklung wuchs nicht nur die Zahl der politisch extremen Ausländervereinigungen, sondern auch erstmals wieder deren Mitgliederstärke. Hiervon profitierten sowohl die links- als auch die rechtsextremen türkischen und italienischen Organisationen, sowie eine Vielzahl kleinerer Vereinigungen aus verschiedenen Ländern. Dagegen blieben die spanischen, portugiesischen und griechischen Gruppierungen in ihren Gesamtstärken fast gleich, obwohl innerhalb des rechts- bzw. linksextremen Lagers teilweise erhebliche Umstrukturierungen stattfanden. Die Vielzahl der Neugründungen verdeutlicht zugleich die weitere Aufsplitterung in diesem Bereich.

Unverändert in bezug auf ihre Gefährlichkeit blieben die nach streng konspirativen Regeln arbeitenden Widerstands- und Terroristengruppen der Palästinenser und der kroatischen Emigration.

Im Jahre 1975 traten in Baden-Württemberg etwa 130 politisch extreme Ausländerorganisationen in Erscheinung. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Vereinigungen liegt bei etwa 11.500.

2. Araber und palästinensischer Widerstand

Bei der Mehrheit der im Bundesgebiet lebenden Palästinenser fanden die Versuche einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts zwar keine Billigung, sie wirkten sich aber zumindest mäßigend auf ihre politischen Aktivitäten aus. Dabei muß jedoch zwischen taktischem Verhalten und tatsächlicher Überzeugung der verschiedenen Gruppierungen unterschieden werden.

Trotz der im Februar 1975 erfolgten Gründung des Dachverbands "Generalunion Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" (GUAS) wurde von den arabisch-palästinensischen Gruppierungen unverändert die Forderung erhoben, die im Oktober 1972 ergangenen Verbotsverfügungen gegen die "Generalunion palästinensischer Studenten" (GUPS) und die Generalunion palästinensischer Arbeiter" (GUPA) aufzuheben, obgleich deren ehemaliger Mitgliederbestand längst in der GUAS integriert ist. Inzwischen haben sich nahezu alle existenten arabischen Studentenvereine dem neuen Dachverband angeschlossen.

Mit mehr als 1 000 Mitgliedern, die in 20 Sektionen zusammengefaßt sind, stellt die GUAS jetzt den bei weitem wichtigsten Organisationsrahmen der palästinensischen Interessen in der Bundesrepublik Deutschland dar. In Baden-Württemberg bestehen mit Ausnahme von M a n n h e i m und U l m an allen Universitäten GUAS-Sektionen, wobei die Schwerpunkte politischer Aktivität in S t u t t g a r t und F r e i b u r g liegen.

Al Fatah und PFLP konnten ihre konspirativ arbeitenden Zellen und Kontaktstellen weiterhin aufrechterhalten. An terroristischen Aktionen waren in der Bundesrepublik Deutschland lebende Palästinenser im vergangenen Jahr nur am Rande beteiligt.

3. T ü r k e n

Seitdem sich die im Exil befindliche und von ihrem Sitz in Ost-Berlin aus operierende "Türkische Kommunistische Partei" (TKP) zum Jahresende 1974 der Massenorganisation "Föderation Türkischer Sozialisten in Europa" (ATTF) angeschlossen hat, verfügt sie in der Bundesrepublik Deutschland über ein schlagkräftiges Instrument zur Beeinflussung türkischer Arbeitnehmer. Durch ihre stetige politische Agitation, insbesondere in den Bereichen des Ausländer-, Sozial- und Arbeitsrechts, konnte die ATTF unter den türkischen Arbeitern zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten gewinnen, wovon die TKP in erheblichem Maße profitiert.

Dem 1975 von der ATTF und zahlreichen anderen türkischen Vereinigungen aus der Bundesrepublik Deutschland und mehreren westeuropäischen Ländern in Frankfurt gegründeten "Europa-Komitee für Frieden und Freiheit" (ABÖK) traten bisher fünf türkische Vereine aus Baden-Württemberg bei. Hauptaufgabe des ABÖK ist es, im Sinne von TKP und ATTF gegen die als "faschistisch" bezeichnete türkische Regierung zu agitieren.

Die maoistisch beeinflusste "Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V." (ATÖF) ist bemüht, ihre politische Arbeit neu zu beleben. So gründeten Funktionäre und Sympathisanten der ATÖF im Bodensee-Raum den Verein "Kulturelle Herde der Arbeiter vom Bodensee" (BIKO), der alle in diesem Gebiet lebenden türkischen Arbeiter erfassen soll.

Bereits Anfang 1975 gründeten abgesplitterte Mitglieder der ATÖF die "Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) und deren sogenannte Frontorganisation "Revolutionär

Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee" (TIKKO), die in Baden-Württemberg bisher lediglich durch Schmieraktionen in Erscheinung getreten sind.

4. G r i e c h e n

Die Aktivität griechischer Extremistengruppen im Bundesgebiet hat trotz des Regierungswechsels im Heimatland weiter zugenommen. Vor allem die "Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PASOK) konnte ihre Basis erweitern und ihre Mitgliederzahl nahezu verdoppeln.

Politisch besonders aktiv sind in Baden-Württemberg ihre Gruppen in G ö p p i n g e n , R e u t l i n g e n , S c h w ä b i s c h G m ü n d , S i n d e l f i n g e n und S t u t t g a r t . So rief die Stuttgarter Gruppe in einem in deutscher und griechischer Sprache abgefaßten Flugblatt dazu auf, "in Zusammenarbeit mit allen progressiven Kräften dieses Landes pausenlos gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der bundesdeutschen Regierung und die Unterdrückung durch die Unternehmer zu kämpfen".

Die kommunistischen Parteien Griechenlands, die KKE-Ausland und die KKE-Inland, verstärkten ebenfalls ihre Aktivität. In der Öffentlichkeit trat bei Demonstrationen und Kundgebungen in Baden-Württemberg vor allem die KKE-Inland in Erscheinung, während sich die KKE-Ausland zunehmend um eine enge Zusammenarbeit mit der PASOK bemüht. Beiden Parteien wird Unterstützung durch Funktionäre, die dazu eigens aus Griechenland anreisen, zuteil.

Mit rund 6 000 Mitgliedern ist der "Bund griechischer Gemeinden" mit Sitz in S t u t t g a r t die größte von der KKE-Ausland gesteuerte Massenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bund verfolgt als Zielsetzung die Politisierung der griechischen Arbeitnehmer im Sinne der orthodox-kommunistischen Ideologie.

Der in den Jahren der griechischen Militärregierung gegründete rechtsextreme "Verband der Griechen in Deutschland" (SEG) hat sich aufgelöst. In Baden-Württemberg schlossen sich ehemalige Mitglieder dieses Verbands anlässlich einer Generalversammlung im September 1975 in S t u t t g a r t zur "Fortschrittlichen Union der Griechen in Deutschland" (PEEG) zusammen. Die PEEG, die sich selbst als "politisch national" und "antikommunistisch" versteht, will an den extrem nationalistischen "Grundsätzen der Revolution vom 21. April 1967 in Griechenland" festhalten und die "nationale Wiedergeburt des griechischen Volkes" herbeiführen. Bisher bestehen in Baden-Württemberg 38 Ortsgruppen der "Union" mit insgesamt ca. 800 Mitgliedern.

5. J u g o s l a w e n

In Baden-Württemberg stellen Jugoslawen die zahlenmäßig stärkste Gruppe ausländischer Arbeitnehmer. Trotzdem bleibt eine politisch extreme Betätigung fast ausschließlich auf Kreise der jugoslawischen Emigration beschränkt. Dabei sind die serbischen Vereinigungen weit weniger aggressiv und von geringerer politischer Bedeutung als die der kroatischen Emigration.

Von den 16 im Bundesgebiet operierenden kroatischen Emigranten-Organisationen verhalten sich der "Kroatische Nationale Widerstand" (HNO) und die mit Verfügung des Bundesministers des Innern vom 24. Juni 1968 verbotene und aufgelöste "Kroatische Nationale Bruderschaft" (HRB) nicht nur konspirativ; beide verfolgen vielmehr zugleich terroristische Ziele, die in einer gewaltsamen Beseitigung der gegenwärtigen Regierung Jugoslawiens sowie in der Errichtung eines selbständigen Nationalstaates Kroatien gipfeln. Auf Funktionäre und aktive Mitglieder beider Organisationen sind wiederholt Mordanschläge verübt worden. Am 6. Juni 1975 fiel der HNO-Funktionär JIJA VUCIC in S t u t t g a r t einem solchen zum Opfer. Aber auch auf jugoslawische Einrichtungen in mehreren Bundesländern, unter anderem in Baden-Württemberg, sind ver-

schiedentlich Anschläge verübt worden, deren Urheber zwar in der kroatischen Emigration vermutet wurden, indessen häufig nicht ermittelt und überführt werden konnten.

Innerhalb der übrigen kroatischen Emigrantenorganisationen haben die Spannungen erheblich zugenommen. Deshalb erscheinen die Bemühungen, einen Dachverband für die gesamte kroatische Emigration zu gründen, wenig aussichtsreich. Vielmehr ist wohl mit einer weiteren Aufspaltung zu rechnen.

6. I t a l i e n e r

Die linksextremen und durch die "Kommunistische Partei Italiens" (PCI (gesteuerten italienischen Betreuungsorganisationen konnten sich konsolidieren. Die PCI selbst vermochte trotz der Abwanderung zahlreicher italienischer Arbeitnehmer und hierdurch eingetretener Verluste im Ergebnis ihre Mitgliederzahl bei 5 800 zu halten.

Das "Trikolore-Komitee der Italiener in der Welt" (CTIM) betreut die italienischen Arbeitnehmer im Ausland im Sinne der neofaschistischen "Sozialen Italienischen Bewegung - Nationale Rechte" (MSI-DN). Die Leitung für die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Sitz in S t u t t g a r t . In Baden-Württemberg bestehen Zweiggruppen des CTIM in M a n n h e i m , N e c k e r s u l m , S t u t t g a r t , F r o m m e r n , M e ß s t e t t e n , G ö p p i n g e n und E s s l i n g e n . Die Mitgliederzahl im Bundesgebiet erhöhte sich innerhalb eines Jahres von etwa 2.500 auf über 4.000, wofür weniger die politische Tendenz des CTIM als vielmehr dessen soziale Betreuungsfunktion gegenüber Landsleuten maßgebend sein dürfte.

7. S p a n i e r

Die "Kommunistische Partei Spaniens" (PCE) gehört - trotz stagnierender Mitgliederzahlen - zu den aktivsten linksextremen Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Entwicklung in Spanien nach dem Tode FRANCOS brachte zwar nicht den von der PCE erhofften Umbruch und auch nicht den von ihre erwarteten Mitgliederzuwachs, bot aber genügend Anlaß für eine rege Propagandatätigkeit. Mitgliederwerbung betreibt die PCE verstärkt durch Betreuung spanischer Arbeitnehmer in den auch in zahlreichen Orten Baden-Württembergs bestehenden "Spanischen Kulturklubs" (CCE).

Der Ende 1974 unter Mitwirkung der PCE gegründeten und unter deren Einfluß stehenden "Vereinigung der Spanier in der Bundesrepublik Deutschland" (AERFA) ist es bisher nicht gelungen, sich zum "Sprecher aller spanischen Organisationen" in der Bundesrepublik Deutschland zu machen, obgleich sie in der Öffentlichkeit ihre "Überparteilichkeit" besonders betont.

IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

1. Allgemeiner Überblick

Ungeachtet der Bemühungen um Entspannung in Europa setzen die Nachrichtendienste der Ostblockstaaten ihre Aktivitäten unvermindert fort. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit richtet sich insbesondere gegen die Bundesrepublik Deutschland. Vor allem die Nachrichtendienste der DDR nutzen jede Gelegenheit zur Ausspähung. Sie profitieren dabei insbesondere von den vielfältigen menschlichen Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden deutschen Staaten und von der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verbürgten Freizügigkeit.

Während die Zahl der beim Landesamt für Verfassungsschutz eingegangenen Hinweise noch im Jahre 1974 geringfügig um 1,7 % zurückgegangen war, stieg sie 1975 wieder um 13,2 % an.

Rund 60 % aller Verdachtshinweise stammten von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. In ungefähr 35 % der Fälle machten Polizeidienststellen und in etwa 5 % Firmen und Privatpersonen auf nachrichtendienstliche Hintergründe aufmerksam.

Von den erkannten nachrichtendienstlichen Verbindungen gingen etwa Dreiviertel von den Nachrichtendiensten der DDR aus. In den Rest teilen sich die Dienste der übrigen Ostblockstaaten. Ungefähr Zweidrittel der Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die Objekt erkannter nachrichtendienstlicher Werbung waren, wurden im kommunistischen Machtbereich angesprochen, wobei die Kontakttänlässe überwiegend Reisen in oder durch die DDR sowie in andere kommunistische Länder waren.

Ein nicht unerheblicher Teil dieser Personen gehört dem öffentlichen Dienst an, wobei sich zunehmend Polizeibeamte nachrichtendienstlichen Anwerbungsversuchen ausgesetzt sehen. Nach wie vor gehören das Versprechen und Gewähren von Vorteilen der verschiedensten Art, die Ausnutzung menschlicher Beziehungen, ideologische Beeinflussung, sowie Drohungen und Nötigungen in offener und versteckter Form zu den Mitteln, die die Nachrichtendienste der Staaten des Warschauer Paktes bei ihren Werbungsversuchen anwenden.

Bei den außerhalb des kommunistischen Machtbereichs angesprochenen Personen erfolgte die Anbahnung entweder über bereits tätige Agenten oder auf brieflichem Wege, häufig aufgrund von Stellengesuchen in einer Zeitung, wobei seit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland diese Art der Anwerbung immer häufiger praktiziert wird.

2. Ausspähungsziele

Ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Nachrichtendienste der Warschauer-Pakt-Staaten gilt weiterhin der Spionage auf dem militärischen Sektor, wobei sich die Aufträge sowohl gegen die Bundeswehr als auch gegen die Stationierungstreitkräfte richteten. Daneben lag das Schwergewicht der gegnerischen Aktivitäten bei Aufträgen vorbereitender und unterstützender Art und bei der politischen Spionage.

In zunehmendem Maße sind auch Industrie und Wirtschaft Objekte der gegnerischen Ausspähung. Die kommunistischen Nachrichtendienste versuchen dabei durch die Beschaffung von Informationen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet aus westlichen Ländern die eigene Volkswirtschaft zu fördern. Neben dem Kernforschungszentrum Karlsruhe sind insbesondere die Elektro- und die chemische Industrie, die Hersteller von EDV-Anlagen sowie der Fahrzeugbau für kommunistische Geheimdienste von Interesse.

Die seit Jahren beobachteten Versuche der rumänischen, polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Nachrichtendienste, unter Aussiedlern Agenten anzuwerben, wurden unvermindert fortgesetzt.

Häufig werden hierbei auch Maßnahmen gegen zurückbleibende nahe Angehörige angedroht, um die Bereitschaft zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit auch außerhalb des eigenen Machtbereichs aufrechtzuerhalten.

Gesteigertes Interesse widmen kommunistische Nachrichtendienste Studenten und Jung-Akademikern. Der einmal aufgenommene Kontakt wird behutsam, oft unter Verschleierung der wahren Absichten, auf lange Sicht gepflegt; erst nach Erreichen gehobener Positionen in Staat oder Wirtschaft wird auf die Aufnahme der eigentlichen Ausspähungstätigkeit hingearbeitet. Nicht selten wird durch Anwendung von Druckmitteln versucht, dem Betroffenen den Rückweg zu verbauen.

3. Verurteilungen und Festnahmen

Im Berichtsjahr 1975 wurden fünf Personen zu Freiheitsstrafen zwischen 7 und 18 Monaten verurteilt. Sämtliche Urteile sind rechtskräftig. Alle Verurteilten hatten Beziehungen zu einem DDR-Nachrichtendienst.

Sechs weitere Personen wurden wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit verhaftet. Die Ermittlungs- bzw. die daraus erwachsenen Strafverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

4. Schlußbetrachtung

Daß mit einem Rückgang der Ausspähungsversuche zumindest bei den DDR-Nachrichtendiensten auch in Zukunft nicht zu rechnen ist, zeigen die Äußerungen des Ministers für Staatssicherheit der DDR, Generaloberst Erich MIELKE, der aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) folgenden Tagesbefehl an seine Mitarbeiter richtete:

"Im Kampf gegen alle feindlichen Pläne, Absichten und Umtriebe des Imperialismus wächst die Bedeutung der Tätigkeit sozialistischer Kundschafter an der unsichtbaren Front. Durch ihren selbstlosen und mutigen Einsatz zur Erkundung und Aufdeckung der aggressiven, gegen Entspannung und gesellschaftlichen Fortschritt gerichteten Pläne leisten sie einen großen Beitrag im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens. Ihre hervorragenden Taten bei der Aufklärung und Abwehr der gegen die DDR und die anderen sozialistischen Bruderstaaten gerichteten feindlichen, besonders subversiven Ziele und Aktivitäten tragen wesentlich zur zuverlässigen Sicherung des Sozialismus bei. Die Arbeit sozialistischer Kundschafter entspricht zutiefst dem humanistischen Wesen sozialistischer Politik. Sie ist ein Bestandteil unseres Kampfes für die Interessen der Völker, gegen Krieg und Kriegsgefahr, für das friedliche Leben der Menschen und hat nichts gemein mit den friedensbedrohenden und menschenfeindlichen Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste, die kompromisslos bekämpft werden".